

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 20.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 14. bis 20. Mai 1909.

Posen, den 25. Mai 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 109 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Mai 1909:**Der Ansiedlerbund.**

Am zweiten Pfingstfeiertage werden sich, wie wir bereits mitgeteilt haben, in Gnesen die Ansiedler zu einer großen Volksversammlung zusammenfinden, um einen Bund zu gründen, mittelst dessen sie mit vereinten Kräften ihre Rechte fordern und ihre Interessen verteidigen wollen.

Von der letzten, gleichfalls in Gnesen abgehaltenen Versammlung ist der Eindruck hinterblieben, daß diese neuen Zuzügler kein sanftmütiges, bescheidenes Völkchen sind, welches dafür dankbar wäre, daß man ihm hier Unterkunft und ein Stück schönen, fruchtbaren Bodens gegeben hat, sondern daß dies Elemente sind, die im Gefühl ihrer Kraft nicht mehr bitten, sondern fordern, hochmütig, als patentierte Verteidiger des Deutschtums, hoffärtig, weil viele Jahre hindurch erzogen in der Überzeugung, daß ihnen die Aufgabe zugefallen sei, die Ganzheit des Deutschen Reiches zu erhalten.

Rekrutiert aus allen Teilen der Welt, fühlten die Ansiedler ihre Kraft nicht. Der erste Gnesener Ansiedlertag erst lernte sie diese Kraft kennen. Schon damals erklärten sie ausdrücklich, sie wünschten in der Entscheidung über ihr Geschick das entscheidende Wort zu nehmen. Es steht zu erwarten, daß sie in der künftigen Versammlung noch kategorischer auftreten werden.

Wir nehmen an, daß diese neue Versammlung nicht ohne eine gewisse Genehmigung der Regierung einberufen wird. Wahrscheinlich werden sich die Ansiedler scharf gegen die Konservativen wenden und einen offenen Kampf gegen sie aufnehmen. Schon in der vorigen Versammlung haben sie angekündigt, sie sähen die Notwendigkeit der Erhaltung des Großgrundbesitzes nicht ein. Sie seien selbst der Aufgabe gewachsen, die eigenen und die nationalen Interessen zu verteidigen.

Im gegenwärtigen Moment, während des offenen Kampfes der Regierung gegen die Konservativen, kann ein solches Auftreten der Ansiedler erwünscht sein; aber das Sichorganisieren so verschiedenartiger und unruhiger Elemente zu einem starken Bunde kann auch der Regierung mit der Zeit unbequem werden.

Wer weiß, ob die Ansprüche der Ansiedler nicht mit der Zeit so weit gehen werden, daß die Regierung sie nicht mehr wird befriedigen können, und dann werden sie ihr offen den Krieg ansagen und zur Opposition übergehen. Man wird ihnen gegenüber keine Ausnahme-gesetze anwenden können, wie gegenüber der stillen, friedlichen polnischen Bevölkerung, und man wird sie

nicht aus dem ihnen einmal übergebenen Landbesitz hinauswerfen können.

Die Konservativen heimten jetzt die Ernte der eigenen falschen Politik ein. Der Regierung haben sie ihre fundamentalsten Grundsätze geopfert — blind sind sie deren Willen gefolgt, heute führen sie mit dieser Regierung einen offenen Kampf, und die Früchte dieser Politik sehen sie schon reifen in diesen Ansiedlerscharen, die aus ihren Gefühlen den Konservativen gegenüber kein Hehl machen. Die Konservativen haben die ganze antipolnische Politik unterstützt, sie haben die Kolonisation unterstützt, sie haben für die Enteignung gestimmt, ohne zu ahnen, daß sie gegen sich selbst die Geißel drehen. Gegenwärtig ist in diesen Kreisen eine gewisse Ernüchterung zur Herrschaft gelangt. Immer mehr Stimmen lassen sich vernehmen, daß das eine falsche Politik sei, eine Politik, die zu keinem Ziele führe. Wenn doch diese Anschauungen die Oberhand gewinnen möchten! In der Politik ist es stets besser, einen Fehler, wenn auch spät, zugeben und sich beizeiten von dem falschen Wege abzuwenden, als weiter auf Irrwege zu geraten, wissend, daß man nicht zum Ziele kommt.

Die Stimmen der Warnung, die sich beständig vernehmen ließen, hat man seiner Zeit nicht hören wollen. Heute kommt die Reue darüber, daß das Böse so starke Wurzeln geschlagen hat, zu spät. Der Kampf gegen die gegenwärtige Politik und das ganze System ist heute weit schwieriger. Man hätte treu an den Grundsätzen der Gerechtigkeit festhalten und sie nie untergraben sollen. Viel hat man in moralischer Hinsicht eingebüßt, und in materieller Hinsicht nichts gewonnen. In den konservativen Kreisen hat man vielleicht besser als in allen übrigen gewußt, daß die ganze polnische Gefahr ein eingebildetes Schreckgespenst, daß die Bedrückung des Deutschtums eine Fabel, daß dies unter unseren Verhältnissen geradezu eine Unmöglichkeit ist; man wußte sehr wohl, welch großes Unrecht der polnischen Bevölkerung zugefügt wird, und dennoch hat man mit allen Kräften alle Absichten der Regierung, die immer ärgere Bedrückung der polnischen Bevölkerung unterstützt. Indessen beginnt die Waffe, mittelst der wir erschlagen werden sollten, beginnen diese Ansiedler sich gegen ihre Wohltäter zu wenden. Sie betrachten unseren Landesteil schon als ihr ungeteiltes Eigentum, aus welchem sie alles verdrängen möchten, was zu ihrer Kategorie nicht gehört, und sie möchten sich so regieren, wie sie es selbst haben wollten. Die Mittel muß die Regierung hergeben, denn sie hat es ihnen ja feierlich versprochen, sie muß, sonst werden sie zeigen, daß es gefährlich ist, mit ihnen zu spielen. Man hat für sie Ausnahme-gesetze geschaffen, auf die sie sich

stützen und die sie sich so leicht nicht werden entreißen lassen.

Die künftige Gnesener Versammlung deutscher Ansiedler wird mithin in jeder Hinsicht interessant sein. Ihre Anschauungen werden daselbst nachdrücklich zu Tage treten, und die Bildung des Bundes wird bestimmt denjenigen Sorge machen, welche ohne hafatistische Brille die antipolnische Politik betrachten.

Für uns kann die Bildung eines Ansiedlerbundes ganz gleichgültig sein. Wenn die Ansiedler es als dringend nötig erachten, sich in Verteidigung der eigenen Interessen zusammenzuschließen, dann mögen sie es tun. Uns kann das ganz gleichgültig sein, selbst wenn sie in ihrer Versammlung auch ein Duzend antipolnische Reden halten sollten.

An solche Sachen sind wir schon allzusehr gewöhnt. Übrigens sind heute die Ansiedler mit der väterlichen Gut der Regierung nicht mehr ganz zufrieden. Mit der Zeit werden sie vielleicht auch dahin kommen, zu unterscheiden, daß es für den, der ein Haus hatte, besser gewesen wäre, daheim zu bleiben, als die versprochenen goldenen Berge zu suchen, die es nicht gibt. Heimatlosen ist es natürlich ganz gleich, wo sie wohnen, wenn sie nur ein Dach über dem Haupte finden und dazu Taler als Zugabe, aber unter letzteren wird der Geist des Umsturzes den geeignetsten Boden finden.

Die unter den deutschen Ansiedlern unserer Landesteile erwachende Bewegung ist in jedem Falle eine sehr bezeichnende Erscheinung. Sie kann leicht eine Richtung annehmen, welche die Leiter der antipolnischen Politik nicht vorausgesehen haben.

Warten wir indes die Beschlüsse und Entschlüsse der angekündigten Versammlung, zu welcher die Ansiedler sich sehr zahlreich einfanden sollten, ab.

Aus Nr. 110 des Postep (Posen)
vom 15. Mai 1909:

Bezüglich der Zustände in der Diözese Culm

schreibt der Postemp als Antwort auf einen die polnischen Übergriffe brandmarkenden Artikel des Westpreußischen Volksblattes unter anderem:

... Ganz wie in Amerika findet ein von nationalem Geist befeelter polnischer Geistlicher vor den Augen der geistlichen Behörde keine Gnade, im Gegenteil, er erleidet seitens seiner Vorgesetzten auf Schritt und Tritt Verfolgung. Ein priesterlicher Germanisator hingegen, gerade der, über welchen uns zu beschweren wir seit langen Jahren gerechtfertigten Anlaß haben, erfreut sich der Gunst und der Anerkennung seines germanisatorischen Bischofs, der ihn in die nächst ihm einflußreichste Stellung in der Diözese beruft. Ich behaupte dreist — und mit mir alle Katholiken, denen das weitere Geschick unserer Diözese am Herzen liegt —, daß den Polen von Seiten der höheren katholischen Geistlichkeit, von Seiten der geistlichen Behörde, von wo her die Verstärkung im Glauben kommen sollte, daß eben von daher eine große Gefahr droht. Ich behaupte, daß, wenn das Regiment in der Diözese Culm in dem Geiste geführt werden wird, wie bisher, die Verzweiflung unsere Volksgemeinschaft in den Abgrund der Abtrünnigkeit hinabstoßen, daß sich bei uns ein günstiger Boden für falsche Lehren und Ketzereien finden wird. Und was dann? Dann werden die Gläubigen auf ihren Erzherzten als auf den Schuldigen zeigen, auf ihren geistlichen Vater, welcher die Geistlichen zur „Probelektion“ in die Diözese sandte. Geradezu wie ein Märchen liest es sich doch, daß ein Priester Predigten „zur Probe“ hält und Beichte „zur Probe“ hört, um sich in der polnischen Sprache zu üben. Gehen denn die Katholiken zur

Beichte auch nur „zur Probe“, stirbt man „zur Probe“ und gerät man „zur Probe“ in die ewige Verdammnis? Und wenn so und so viele Seelen in die Verdammnis geraten werden, so wird unser Erzherzt daran schuld sein, der sich für sie um die Seelsorge in der Muttersprache nicht gekümmert hat, der die polnischen Priester, die er hatte, in deutsche Parochien, und die Deutschen, entsprechend den Wünschen der weltlichen Behörde, in polnische Parochien gesandt hat. Der Erzherzt wird dafür verantwortlich sein, er allein! Unsern Erzherzten machen wir verantwortlich dafür, daß ein großer Teil unserer Jugend seinen Beruf verfehlt und sich dem geistlichen Stande nicht widmet. Einen solchen von Idealismus und Begeisterung erfüllten Jüngling ergreift der Abscheu davor, hinzugehen und sich als ein in allem willfähiges Werkzeug der protestantischen Regierung hinzugeben; das aber fordert doch sein geistlicher Vorgesetzter von ihm, wenn er verlangt, der junge Mann solle Selbstverleugnung üben und „nicht anstoßen“. Was heißt das „nicht anstoßen“? Nicht anstoßen, das heißt, seine elementarsten Pflichten nicht erfüllen, welche Papst Leo XIII. den Priestern auferlegt hat, indem er ihnen gebot „unter das Volk zu gehen“. Nicht anstoßen, das heißt, keine Volksbanken zur Hebung der materiellen Existenz des Volkes gründen, was doch die erste und unerläßlichste Grundlage der sozialen Arbeit ist. Es wird auch anderswo, auch in unserer Diözese, die Arbeit der Priester in den Raiffeisen- und sonstigen Genossenschaften anerkannt, nur nicht die Tätigkeit eines polnischen Priesters für das polnische Volk. Ihm gegenüber ist für die geistliche Behörde der erste beste Amtsvorsteher die letzte Instanz: er schüdt den Priester, die Regierung formuliert demgemäß ihre Weisungen und Wünsche — und Aufgabe und Beruf des Bischofs ist es, diesen Wunsch zu erfüllen. Und selbst wenn die Gläubigen sich nicht beruhigen könnten aus Leid über den Verlust ihres Vaters und Bruders und Priesters, der wirklich nach dem Herzen Jesu ist, so erschüttert das nicht die Entschlüsse der weltlichen — ich wollte sagen, der geistlichen Behörde, was in unserer Diözese fast identisch ist. Ein solcher Geistlicher muß sich von dem Winkelchen losreißen, wo die Arbeit ihm ein Paradies war, damit er sich übe in der Tugend der Selbstverleugnung, eingedenk dessen, daß nicht hier unser Paradies ist.

Und weshalb geschieht alles das bei uns? Weil wir es selbst wollen. Denn wir selbst gestatten es, daß man unserer spottet. Dem Beispiel der Dajzkatholiken zu folgen und den Priester ins Gesicht zu schlagen (auf diese Tatsache machen wir das „Westpreußische Volksblatt besonders aufmerksam), wie dies in Panigroß geschehen ist, das ziemt uns zwar nicht; doch sollten wir endlich einmal zeigen, daß die Kirche sich nach den Menschen zu richten hat, nicht umgekehrt; hat doch Christus nicht zu den Menschen, sondern zu den Aposteln gesagt „Ite!“ — so meint Pfarrer Naudet. Neugierig sind wir, was die Griechen gesagt und wie sie den heiligen Paulus bewillkommen hätten, hätte er ihnen den Glauben an den unbekannten Gott auf hebräisch oder die griechische Sprache radebrechend verkündet! Und übrigens haben wir das Recht, ebenso verständliche Predigten und polnische Priester zu fordern, wie die Deutschen. Wir gehen in die Kirchen, um Gottes Wort zu hören, um auf dem Wege des Heils vorwärts zu kommen, und nicht dazu, daß ein junger, halbgebildeter und zu früh geweihter Priester Gelegenheit habe, polnisch zu lernen. In dem Vorgehen von Pelplin liegt System, nicht nur Nachgiebigkeit gegenüber der weltlichen Behörde. In Pelplin denkt man, wenn man so verfähre, so erfülle man seine heiligste Pflicht, so erfülle man eine erhabene Mission in kreuzritterlichem Geiste. „Die Kirche hat in der Diözese Culm die Auf-

gabe, das polnische Volk für die deutsche Kultur zu gewinnen." Das sind die Grundsätze, von denen sich die „hochgestellten“ und „um die Kirche verdienten“ Priester unserer Diözese leiten lassen. Sie halten sich, wie die Gazeta Gdanska richtig schreibt, an eine Politik, „welche die Sanftmut eines Lammes vorpiegelt, in Wirklichkeit aber die Politik eines Wolfes ist, der danach strebt, die polnische Seele in unserm Volke vollends zu zerschnaken.“

Verus.

Aus Nr. 112 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 18. Mai 1909:

B u d s i n.

Der Vorstand des Straßvereins in Budsin bilden: Konstantin Sobacki, Vorsitzender; Josef Janowski, Schriftführer; Severin Mirowczynski, Schatzmeister. Nach der letzten Versammlung des Straßvereins berief der hiesige Bürgermeister die Vorstandsmitglieder zu sich und forderte, daß sie beim nächsten Male die Versammlung auf der Polizei anmelden sollten. Entgegenge-setztenfalls drohte er mit Strafe.

B e m e r k u n g. Natürlich ist das Verlangen des Bürgermeisters grundlos. Vereinsversammlungen werden der Behörde nicht gemeldet.

Aus Nr. 112 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 18. Mai 1909:

L a u t e n b u r g W e s t p r.

In der ersten Vierteljahrsitzung des Parochial-Straßvereins versammelten sich eine ziemliche Anzahl von Mitgliedern, außerdem ziemlich viel eingeladene Gäste und einige Damen. Die Versammlung eröffnete Herr Th. Tuszynski mit dem christlichen Grusse. Nach der Versammlung wurden die Ziele des Straßvereins und die Tätigkeit der Mitglieder in letzterem besprochen. In der Diskussion nahmen das Wort Geistlicher Dr. Nefke, Geistlicher Dr. Klatt und Herr Theodor Tuszynski. Bei den weiteren Verhandlungen legte Geistlicher Dr. Nefke dar, wozu der Straßverein da ist, welche Pflichten die Mitglieder außerhalb der Vereinsversammlung haben und welche Vorteile die Volksgemeinschaft aus der bereitwilligen und aufrichtigen Tätigkeit der Mitglieder haben wird. Herr Tuszynski forderte die Mitglieder auf, die nationale Lösung durch Unterstützung der polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden zu erfüllen. Damit war die Versammlung zu Ende.

Die darauf folgende Sitzung des Vorstandes beschloß, von dem Starosten ein Verzeichnis der zahlenden Mitglieder zu verlangen, einen Bericht nach Posen zu senden und Vertrauensmänner für die Parochie zu wählen.

Aus Nr. 10 des Sokół (Posen)

vom 15. Mai 1909:

Gau XII.

Bericht über die am 1. 5. 09 abgehaltene Vorstandssitzung.

Anwesend waren die Kameraden Chmara, Pioßel, Krolifowski und Guter. Nach Verlesung der Tagesordnung und des Protokolls wurde zu der Angelegenheit des Gautages geschritten. Aus Wilhelmsburg wurde mitgeteilt, man könne den Sonntag nicht wechseln und es

müsse beim 27. Juni verbleiben, womit der Gauvorstand einverstanden war. Es wurde beschlossen, daß die Mahlzeiten je 75 Pfg. kosten sollen. Sodann teilte Krolifowski das vom technischen Zirkel aufgestellte Programm des Gautages zur Bestätigung mit. Früh um 1/6 Uhr Antreten, Kürturnen Einzelner und Probe der Freiübungen.

Nachmittag 1 Uhr Eröffnung des Gautages, Begrüßung und gemeinsames Essen; um 3 Uhr Konzert, um 4 Uhr: 1. Einmarsch und Aufstellung zu den Freiübungen. 2. Freiübungen des ganzen Gaus. 3. Übungen in Riegen an den Geräten. 4. Auftreten der weiblichen Sokolabteilungen. 5. Übungen der Musterriegen an Geräten. 6. Bekanntgabe der Sieger und Aushändigung der Siegespreise. 7. Abmarsch vom Turnplatz. Die ganze Tagesordnung des Gautages wurde vom Vorstande bestätigt. Es wurde beschlossen, um 10 Uhr im Umzuge nach der Kirche zu marschieren, wenn es möglich sein wird, die Genehmigung der Polizei zu erhalten. Krolifowski wird für Mitteilung darüber sorgen, wieviele Kameraden zum Nachtquartier kommen und wieviele am Essen teilnehmen werden. Hiervon soll bis zum 1. Juni dem Kameraden Nowicki Mitteilung gemacht werden. Beschlossen wurde, daß am Umzuge andere Vereine mit polnisch-katholischen Fahnen teilnehmen können, der Fahnenträger und die Fahnenjunker müssen aber Maciejowkamützen tragen und sich unserem Kommando unterwerfen.

Aus Wilhelmsburg wird berichtet, dort sei eine weibliche Abteilung eingerichtet worden, was der Vorstand zur Kenntnis nimmt

(Der übrige Inhalt der Zuschrift ist belanglos.)

H. Fischer,
Vorsitzender.

J. Chmara.
Schriftführer.

Aus Nr. 110 des Lech (Gnesen)

vom 16. Mai 1909:

W o n g r o w i k.

Seit einigen Wochen weilt hier das deutsche Theater, dessen Aufgabe es ist, der polnischen Bevölkerung die preußische Kultur einzuwippen. Leider müssen wir beschämend zugestehen, daß die Unsrigen scharenweise zu den Vorstellungen eilen und zum Unterhalte der Theatergruppe beitragen, die ohne die Polen gar nicht existieren könnte.

Zu dieser Nachricht bemerkt der Dziennik Bydgoski folgendes: Es ist eine traurige Sache, daß die Polen in der Zeit der Enteignung und des Maulkorbparagraphen die deutschen Theatervorstellungen besuchen, deren Zweck allen hinlänglich bekannt ist. Die betreffende Nachricht ist für uns um so schmerzlicher, als gerade die polnischen Kaufleute an jenen Vorstellungen teilnehmen und ihr Geld für die Zwecke der antipolnischen Politik opfern. Wir hoffen, daß sich solches nicht wiederholen wird.

Aus Nr. 108 des Lech (Gnesen)

vom 14. Mai 1909:

Jeder zu den Seinen.

Zahlreiche Klagen gehen uns über unsere Damen zu, daß sie mit Vorliebe das polnische Geld zu den Fremden tragen. Wer übrigens Gelegenheit hat, die Friedrichstraße in Gnesen zu beobachten, der kann sich selbst von der Wahrheit dieser Nachrichten überzeugen.

Auch die Landsleute aus der Umgegend sündigen gegen die Lösung „Jeder zu den Seinen“. Aus Niechanowo wird uns geschrieben, daß die Schwester des

Dekans, so oft sie in Gnesen weilt, ihre Bedürfnisse bei den Fremden decke.

Ist das wohl recht?

Aus Nr. 107 des Lech (Gnesen)

vom 13. Mai 1909:

Die Unwürdigen.

Die Wahl des Spediteurs Herrn Bronislaus Hoffmann und des Drogeriebesizers Herrn Peter Zwierzynski zu Mitgliedern des Schulvorstandes in Gnesen ist nicht bestätigt worden. Was die Behörde dazu veranlaßt hat, die Bestätigung dieser Bürger abzulehnen, ist schwer zu verstehen. Die Herren Hoffmann und Zwierzynski erfreuen sich nicht nur unter den Ihrigen, sondern auch unter den Fremden besonderer Wertschätzung, besitzen voll und ganz sämtliche Bürgerrechte, sind noch niemals mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten, sie kommen dem Staate und der Gemeinde gegenüber ihren Verpflichtungen gewissenhaft nach, und wenn sie auch als Polen von den nationalen Verpflichtungen nicht zurückstehen, so sind sie doch besonders agitatorisch nicht hervorgetreten. Also ist der einzige Grund, daß sie des Amtes eines Schulvorstandsmitgliedes für unwürdig anerkannt wurden, der, daß sie polnischer Nationalität sind. Wenn das so ist, so ist das Verhalten der Behörde eine Vergewaltigung der einfachsten Rechte der Konstitution.

Der Behörde geht es darum, daß in dem Schulvorstande die Polen die Mehrheit nicht besitzen, sie wird also das eine und das andere Mal die polnischen Kandidaten nicht bestätigen, um alsdann selbst zwei Vorstandsmitglieder zu ernennen.

Das nennt sich Selbstverwaltung einer Gemeinde im konstitutionellen Staate!

Aus Nr. 108 des Lech (Gnesen)

vom 14. Mai 1909:

Polnische Väter gegen einen lutherischen Lehrer!

Aus Kędzierzyn bei Gnesen wird uns geschrieben: Wir sind wirklich unverbesserlich. Wir wissen, daß unsere Bußenfreunde zu unserer Vernichtung immer mehr neue Mittel ersinnen, aber statt uns zu verteidigen, bahnen wir ihnen vielfach selbst noch den Weg. So ist der hiesige Schulvorstand verfahren. Denn, wie ich erfahren habe, gab er dazu die Einwilligung, daß uns die Regierung zur Vertretung einen lutherischen Lehrer schickt. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Der hiesige Hauptlehrer beantragte bei der Regierung einen zehnwöchentlichen Urlaub. Um bei dieser Gelegenheit ein kleines Geschäft zu machen, sandte die Regierung sofort einen Beamten nach Kędzierzyn, damit dieser von dem Schulvorstand die oben erwähnte Erlaubnis erlange. Der Schulvorstand ist auch sehr gern darauf eingegangen. Jetzt entschuldigt er sich damit, daß er hierzu gezwungen gewesen sei, weil ihm angedroht worden sei, daß im Falle eines Widerstandes die Gemeinde die Kosten für die Vertretung werde tragen müssen und daß man ihr die Michaeliserien streichen werde. Vor solchen Androhungen erschrecken die Vertreter der Gemeinden Kędzierzyn und Zelaszowo.

Sie haben dadurch bewiesen, daß sie nicht fähig sind, das Amt zu bekleiden, welches ihnen die Gemeinde anvertraut hat. Sie hätten die Wahrheit von der Un-

wahrheit unterscheiden müssen. Sie hätten wissen müssen, daß die Gemeinde, welche nach dem Etat ihre beiden Lehrer bezahlt, nicht noch für Vertretung besonders zahlen braucht. Es ist augenscheinlich nur eine Ausrede, denn in Wirklichkeit ist es den Herren um etwas anderes zu tun. Und wenn es auch nötig gewesen wäre, irgend welche Opfer zu tragen, war es denn deshalb erlaubt, die Waffe so schnell als möglich wegzuerwerfen. So werden wir also durch die Schuld des Schulvorstandes an der katholischen Schule und in der rein polnischen Gemeinde einen lutherischen Lehrer haben. Noch vor mehreren Jahren wäre so etwas ähnliches in unserer Gemeinde garnicht möglich gewesen. Es ändern sich die Zeiten, es ändern sich auch die Leute. Heute sind die Leute bereit, zu ihrem Vorteil alles zu tun. —

Mögen andere Gemeinden ihre Rechte besser bewahren. Vor allen Dingen sollten sie nicht in den Vorstand geldgierige und ehrgeizige Leute wählen. Mögen sie dagegen Leute festen Charakters wählen und nicht wankelmütige, welche ihre Meinung mit jedem Windstoß ändern. Jenen Herren aber, welche so leicht die Sache traktieren, könnte man die Worte des bekannten Märchens zurufen: „O ihr Herren, hört auf, denn ihr vergnügt euch schlecht. Für euch ist es kurzweil, uns aber geht es um das Leben.“

Aus Nr. 108 des Lech (Gnesen)

vom 14. Mai 1909:

Des lieben Geldes wegen.

Aus Tremessen wird uns geschrieben:

In welcher Weise die Übertragungen zum Besten der Ansiedlungskommission vor sich gehen, zeigt nachstehendes Beispiel: Ein gewisser polnischer Bürger aus der Umgegend wünscht seine Besitzung zu verkaufen, obwohl es ihm nicht schlecht geht. Als Käufer für ihn kommt einzig und allein die Ansiedlungskommission in Betracht, denn eine Besitzung, die mit 5 Mark pro Hektar bonitiert ist, wird ein privater Kapitalist für so einen hochgeschraubten Preis nicht so leicht kaufen. Dieser Bürger läßt sich daher einen Agenten kommen, und beide Herren setzen den Verkaufspreis auf folgende Weise fest: Für die Ansiedlungskommission beträgt der Kaufpreis für 387 1/2 Hektar 488 000 M. Provision für den Agenten der Ansiedlungskommission 50 000 M., sodaß für den Verkäufer ein Reinertrag von 438 000 M. verbleibt. Weil die öffentliche Meinung die hiesigen Agenten so ziemlich kennt, wird ein solcher angeblich aus Amerika herbeigeführt, welcher, um sich vor dem Vorwurf des Verschacherns zu schützen, angegeben hat, daß er als Schneider aus Hohenjalsa die Besitzung für seinen Bruder kaufen wolle, welcher in Amerika auf fabelhafte Weise reich wurde, man weiß aber nicht, ob mit der Nadel oder mit dem Ort.

Unterdessen stellt sich heraus, daß der so reich gewordene Bruder ein Agent der Ansiedlungskommission, mit Namen Zalewski ist, der schon vor mehreren Jahren die Besitzung Pniwitten im Kreise Graudenz verschachert hat.

Der Verkäufer und der Agent machen auf dem Gerichte die Transaktion, bezahlen sogar die Stempelfkosten (in diesem Falle jedenfalls nicht der Agent), der Agent opfert die Besitzung der Ansiedlungskommission, diese schickt einen Sachverständigen, welcher auf dem Oberteil Sand und unter diesem wieder Sand vorfindet, erstattet darüber Bericht und die Ansiedlungskommission siedelt den Verkäufer und den Agenten wegen allzu hohen Preises auf dem Sande an.

Dies wäre ein schönes Vergnügen, wenn es nicht so sehr traurig sein möchte. Man muß seinen Weg kennen,

denn die polnische Gesamtheit hat bisher noch keinen Nutzen von dem Besichtigen des Antlitzes des Gutsheeren gehabt, denn er verkauft alles, und vielleicht nimmt er auch noch vom Juden. Das ist ein Exemplar, welches einem Juden nichts nachgibt par excellence! Die Sache steht heute so, daß die Besizung schon dem Agenten Zalewski gehört, welcher jedenfalls den Kaufpreis nicht bezahlt hat. Man braucht nur einen Schweinemenschen für die Ansiedlungskommission, es kauft ein Pole und veranlaßt die Ansiedlungskommission so zum schnellen Kauf. Möge uns Gott vor solchen polnischen Besitzern schützen. (Der Besitzer ist Herr Franke und die Besizung heißt Lawki.)

Redaktion des Vech.

Aus Nr. 112 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 19. Mai 1909:

Das Gut Kruszewo ist schon in die Hände der Ansiedlungskommission übergegangen.

So wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt. Die Rolle des Grafen Potulicki war in dieser Sache geradezu erbärmlich. Wie uns mitgeteilt wird, hat er alle Gerüchte die über den Verkauf der Besizung Kruszewo an die Ansiedlungskommission verbreitet wurden, als Unwahrheit hingestellt. Er hat auf Ehrenwort versichert, daß die Gesamtheit um das Schicksal der Besizung Kruszewo nicht besorgt zu sein brauche. Die Auflösung wird gegenwärtig am Mittwoch auf den Namen der Ansiedlungskommission stattfinden. Der Herr Graf vergnügt sich gegenwärtig in Italien. Die Rolle des Herrn Gözendorf-Grabowski, welcher Kruszewo kaufen sollte, woran wir von Anfang an zweifelten, beruhte anscheinend auf Beruhigung der öffentlichen Meinung. Herr Grabowski ist aber nach Polen abgereist.

Kruszewo liegt bei Kolmar und umfaßt 13 000 Morgen Land. So viel für heute!

Aus Nr. 106 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 13. Mai 1909:

Die kämpfende Pädagogik.

Der Lehrer Herr Rosenau aus Panigroß hat uns auf unsere Nachricht, welche besagt hatte, daß er den Propst Gutsche tötlich beleidigt habe, eine Berichtigung zugeschickt.

Wir werden seine Berichtigung nicht aufnehmen, weil seine Behauptungen mit unserer Information nicht übereinstimmen. Wir bemerken nur, daß Herr Lehrer Rosenau behauptet, in der Notwehr die Ehrfeige dem Geistlichen verabsolgt zu haben.

Weil von beiden Seiten die Klage angestrengt wurde, so wird sich die Sache unverzüglich aufklären. Nach unserer Information stellt sich die Sache so dar, daß Herr Rosenau durch sein Verhalten den Vorfall einzig und allein hervorgerufen hat. Das, was der Herr Rosenau zu seiner Entschuldigung anführt, ist in den Augen eines jeden Katholiken ohne Wert.

Aus Nr. 107 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 13. Mai 1909:

Der Dziennik Kujawski befaßt sich in einem längeren Artikel mit dem Verkaufe des Gutes Popielowo an die Ansiedlungskommission. Das Blatt stellt fest, daß das 1430 Morgen große Besiztum zunächst Eigentum der

Kujawischen Parzellierungsbank geworden sei und führt des weiteren folgendes aus:

Am Tage der Subhastation und auch vorher stellte Popielowo ein geradezu trauriges Bild dar. Nur ein kleiner Teil des Landes versprach im laufenden Jahre eine klägliche Ernte, der größere Teil dagegen war vollständig verqueckt. Die ganze Besizung stellte sich als Ruine dar, nach dem Urteile von Sachkennern wäre tatsächlich ein ansehnliches Kapital erforderlich gewesen, um das Gut wieder in Ordnung zu bringen.

Am Tage der Subhastation hatten sich zur Lizitation eingefunden: 1. die Landbank aus Krone, 2. die Volksbank aus Krotoschin, 3. die Kujawische Parzellierungsbank aus Hohenfalsa, 4. die Bank der Industriellen aus Posen und 5. die Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus Posen. Außerdem fanden sich ein die Ansiedlungskommission und der Deutsche Sarrazin. Außer ihnen waren etliche Juden anwesend.

Kaution wurde gestellt 1. von der Landbank aus Krone, 2. von der Volksbank aus Krotoschin, 3. von der Bank der Industriellen und 4. von Herrn Sarrazin. Die Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hatte keine Kaution gestellt und beteiligte sich auch nicht an der Lizitation, obgleich sie von dem Vertreter der Kujawischen Parzellierungsbank, Herrn Jagodzinski, darum gebeten worden war. Der Herr Direktor Wienckowski — er war der Vertreter der Verbandsbank — schwieg.

Bei der Versteigerung ging die Landbank aus Krone am weitesten, sie bot bis zu 230 700 M. Sarrazin bot 100 M mehr und erhielt den Zuschlag.

Wenn man alle Lasten mit einrechnet, die auf Popielowo ruhen, dann sind etwa 100 000 M ausgefallen, darin eine Hypothek der Verbandsbank, die für sie durch die Kujawische Parzellierungsbank zediert war. Die übrigen Banken retteten ihr Geld. Die Verbandsbank verlor ebenfalls keinen Pfennig, denn sie ist durch andere Ansprüche an die Kujawische Parzellierungsbank gedeckt.

Aus den vielen uns zugegangenen Stimmen wurde die stumme Rolle des Herrn Wienckowski hervorgehoben. Auf Grund von Informationen können wir bestätigen, daß sein Verhalten dem Beschlusse der Direktion und einer Kommission der Verbandsbank entsprach. Es wurde beschlossen, daß sich Herr W. an der Lizitation nicht beteiligen soll, denn der Erwerb eines so devastierten Besitztums, das eine sofortige Einlage von 100 000 M erforderlich gemacht haben würde, wäre für die Bank ein ungeheurer Verlust gewesen. Die Verbandsbank bemühte sich, wie wir erfahren haben, um private Käufer; diese sind jedoch wegen des devastierten Besitztums zurückgetreten. Sachleute der Verbandsbank haben den Wert des Morgens von Popielowo mit 120 M abgeschätzt.

Die Verbandsbank gibt auch an, daß sie sich als Kreditinstitut mit dem Erwerb von Landbesitz nicht befasse.

Wir verstehen es, daß sich die Verbandsbank an der Lizitation nicht beteiligen wollte, wir verstehen es ferner, daß sie mit Rücksicht auf ihr finanzielles Interesse die größtmögliche Sicherheit hinsichtlich der für die Kujawische Bank gemachten Auslagen haben wollte. Wir sind jedoch mit einer Sache nicht einverstanden. Die Leiter der Verbandsbank haben sich auf einen formell rechtlichen Standpunkt gestellt; sie haben aber dabei die Rücksicht auf die moralisch-soziale Notwendigkeit außer acht gelassen, welche die Rettung des Gutes Popielowo vor der Hydra der Ansiedlungskommission geradezu gebot.

Die Verbandsbank ist so situiert, daß sie über den gezahlten Preis hätte hinausgehen können. Der augenblickliche Verlust wäre mit der Zeit wieder wett zu

machen gewesen. Die Landbank in Krone würde sogar den Kauf und die Verwaltung von Popielewo übernommen haben, wenn ihr die Verbandsbank finanziell zu Hilfe gekommen wäre. Die Verbandsbank hätte sich somit gar nicht unmittelbar engagiert. Es blieb indes bei den mündlichen Versprechungen, denn als die Kroner Landbank schriftliche Bestätigung dieser gegebenen Versprechungen verlangte, erhielt sie von Herrn Wienkowski die überaus interessante Antwort: „Sofern die Landbank die Forderung der Verbandsbank bei der Versteigerung rettet, werden wir für Euch sämtliche Hypotheken, mit Ausnahme der Landschaft, auslegen. Dann werden wir auch die gegebenen Versprechungen einlösen.“

So antwortet, nach unserer Meinung, eine Verbandsbank nicht, die außer ihren eigenen Interessen auch ein Interesse daran haben muß, daß sich die kleineren Banken entwickeln können. Die Verbandsbank kann doch unmöglich die kleinen Banken mit einem Risiko belasten wollen, die ihre Aktionäre sind.

Mit einem Worte: die kleine Landbank sollte für die große Verbandsbank alles riskieren. Hier wiederholt sich die bekannte Erscheinung der Klagen unserer Genossenschaften, daß die Verbandsbank kein Risiko tragen will, welches vielmehr anderen Banken überläßt, aber gerne den Nutzen zieht.

Wie es scheint, sind auch die Leiter der hiesigen Kujawischen Parzellierungsbank auf den Leim der diplomatischen Versprechungen gegangen. Sie hofften auf die Hilfe der Verbandsbank und sandten ihren Vertreter, Herrn Jagodzinski, zur Versteigerung, und zwar ohne Kaution und ohne notarielle Legitimation.

Durch unsere Darlegungen wollen wir weder die Interessen der Kujawischen Parzellierungsbank noch ihre Leiter verteidigen. Über deren Wirtschaft werden wir uns noch besonders aussprechen. Es vereinigen sich in ihr Unkenntnis und Unredlichkeit zum Schaden Hundert von armen Schludern, die ihr schwer erworbenes Geld zusammengepart haben, um es vielleicht gänzlich zu verlieren.

Wenn wir die Popielewoer Angelegenheit aufgeklärt haben, so wollten wir darauf aufmerksam machen, daß in unseren Institutionen nicht nur finanzielle, sondern sozialnationale Rücksichten eine Rolle spielen sollten.

Die Verbandsbank hat sie außer acht gelassen, und Popielewo ist damit zum Preise von 164 M für den Morgen in den Besitz der Ansiedlungskommission übergegangen.

Popielewo ist, so weit wir informiert sind, noch nicht völlig als verloren zu betrachten. Es sollen formelle Fehler vorliegen, auf Grund deren die Subhastation angefochten werden kann.

Es ist somit die Möglichkeit und Gelegenheit geboten, daß die Verbandsbank einen Weg findet, zu zeigen, daß bei ihr nicht allein die finanzielle Seite die Rolle spielt.

Aus Nr. 108 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 13. Mai 1909:

Ein Verteidiger der „Bedrückten“.

Das hakatistisch-jüdische Posener Tageblatt drängt sich ständig als Verteidiger der deutschen Katholiken auf, die angeblich durch die geistliche Behörde und die polnischen Präpste bedrückt werden. Gegenwärtig richtete das genannte Blatt seine fürsorglichen Augen auf Kosten und veröffentlichte einen Artikel mit der erschütternden

Überschrift: „Wie die deutschen Katholiken von polnischen Pfarrern behandelt werden“ und schreibt:

„In Kosten gibt es außer der großen, schönen Pfarrkirche noch zwei andere katholische Kirchen, in denen ausschließlich polnischer Gottesdienst abgehalten wird. Eine vierte Kirche, die Herz-Jesu-Kapelle, die von der Regierung für 100 000 Mark teils renoviert, teils umgebaut worden ist, dient dem Gottesdienste der deutschen Katholiken. Nun sollte man doch meinen, daß wenigstens in diesem einen Gotteshause der Gottesdienst auch allein für die deutschen Katholiken gehalten würde; jedoch weit gefehlt! Präbendar Gramse machte zwar neulich den Versuch, auf Wunsch angesehenen Katholiken die am ersten Ostertage stattfindende Auferstehungsfeier in deutscher Sprache zu halten und publizierte solches auch von der Kanzel vor einigen Wochen. Allein wie man hört, soll der Präbendar gleich nachher zum Pfarrer Surzynski, der sich ja auch im Schulstreik so unliebsam bemerkbar machte, weil er die Schulsteuern nicht bezahlen wollte und seine Möbel auf dem Marktplatz versteigern ließ, gerufen worden sein, der ihm über diese Publikation die ernstesten Vorhaltungen machte. Und das Ende vom Liede? Am ersten Osterfeiertage las man an der Außentür der Herz-Jesu-Kapelle eine amtliche Bekanntmachung des Präbendars Gramse, worin er mitteilt, daß die Auferstehungsfeier am ersten Ostertage 9½ Uhr in polnischer Sprache stattfindet, weil die geistliche Behörde eine Änderung in dieser Beziehung nicht gestatte.“

Recht so. Das Polentum muß doch zeigen, wie sehr es die Zuneigung des Zentrums zu schätzen weiß.“

Abgesehen von der letzten an und für sich nicht sehr intelligenten Bemerkung muß zur Sache selbst hervorgehoben werden, daß die Kenntnis des Tageblatts nicht aus den Kreisen „angesehener“ Katholiken stammen kann, denn anders sonst würde der Korrespondent wissen, daß es in Kosten keine „Herz-Jesu“-Kapelle, sondern eine „Jesus-Kapelle“ gibt; ferner ist sie nicht für das Geld der Regierung erweitert worden, sondern für das Geld aus dem Besitze des Dominikanerklosters, das die Regierung genommen hat und zu dem die genannte Kapelle gehört. Schließlich ist auch gegenwärtig die Jesus-Kapelle nicht ausschließlich den deutschen Katholiken zur Verfügung gestellt. Als man sie erweitern sollte, nämlich „auf Kosten der Regierung“, verlangte der Ober-Präsident vom Propst, alle in der Kapelle stattfindenden polnischen Ablassgottesdienste aufzuheben, doch der Propst war damit nicht einverstanden, denn er konnte nicht anders verfahren. Zu diesen traditionellen, seit undenklichen Zeiten stattfindenden Gottesdiensten gehört auch die Auferstehungsfeier in polnischer Sprache, die am Osterjonnabend um 8½ Uhr abends stattfindet.

Präbendar Gramse, der erst seit kurzem in Kosten ist und somit weder die lokalen Verhältnisse noch Traditionen kennt, unterlag den Überredungen der „angesehenen“ deutschen Katholiken und beabsichtigte, die Auferstehungsfeier in deutscher Sprache abzuhalten; doch in ruhiger Weise durch den Propst belehrt, trat er von seinem Vorhaben zurück. Eine echt hakatistische Lüge ist es, wenn behauptet wird, der Propst hätte den Geistlichen zu sich gerufen und hätte ihm scharfe Vorhaltungen gemacht. Die Auferstehungsfeier fand in der Jesus-Kapelle, wie das seit Jahren geschieht, am Osterjonnabend und nicht am ersten Ostertage, wie der Korrespondent des Posener Tageblatts schreibt, statt. Augenscheinlich gehört er zu denjenigen „angesehenen“ deutschen Katholiken, die nicht häufig in die Kirche schauen, so daß es scheint, als habe der Präbendar angesichts der erschreckenden Leere in der Kirche die Kanzel verlassen müssen.

So also sieht im Lichte der Wahrheit die angebliche Bedrückung der deutschen Katholiken in Kosten aus. Ihrem Verteidiger, dem Posener Tageblatt, sandte der Propst Dr. Surzynski eine Berichtigung zu, die jedoch bis heute nicht veröffentlicht worden ist. Für die Haskisten ist das eine sehr charakteristische, wenn auch gewöhnliche Art, unliebsame Sachen zu meiden.

Aus Nr. 111 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 19. Mai 1909:

Wir machen die Eltern auf den **Religionsunterricht** aufmerksam, der den Kindern an den Sonntag-Nachmittagen in der Kirche erteilt wird und erinnern daran, daß dieser Unterricht die Kinder zur Teilnahme zwar nicht verpflichtet, daß er aber in religiöser und **nationaler** Hinsicht sehr nützlich ist. Jedes Kind hat das Recht, an diesem Unterrichte teilzunehmen. In Erwägung dessen, daß unsere Kinder sehr wenig Gelegenheit haben, die Religion in der Muttersprache zu hören, daß sie von dem in den Schulen in fremder Sprache erteilten Religionsunterricht nur wenig Nutzen haben, sollten wir unseren ehrwürdigen Geistlichen aufrichtig dankbar sein dafür, daß sie außer dem pflichtmäßigen Vorberichtsunterrichte diesen Sonntagsunterricht eingeführt haben, aus dem unsere Kinder Nutzen ziehen sollten.

Sehr vorteilhaft und nützlich wäre dieser Unterricht auch für die Lehrlinge, von denen so mancher das wiederholen würde, was er vergessen hat.

Selbst Erwachsene könnten aus diesem Unterrichte großen Nutzen ziehen. Wir alle können nicht genug die Glaubenswahrheiten lernen, je mehr wir in dieser Beziehung aufgeklärt werden, desto mehr sind wir gegen die schädlichen Einflüsse der **Entnationalisierung** und des Unglaubens gesichert.

Aus der Aprilnummer der Zeitschrift
Czytelnia Ludowa:

Statutenänderung des polnischen Volksbibliothekenvereins.

Auf Antrag des Hauptvorstandes änderte der polnische Volksbibliothekenverein in der außerordentlichen Generalversammlung in Luiseuhain bei Posen am 3. März d. J. seine Satzungen.

Die alten, bei der Gründung des p. Volksbibliothekenvereins angenommenen Satzungen erwiesen sich gegenwärtig als unzulänglich, da sie weder die Ziele und Aufgaben unserer Institution erschöpften noch die Organisation des Vereins genau begrenzten. Was also in einer normalen zwanzigjährigen Entwicklung sich herausgebildet hatte und in der Praxis ausprobiert wurde, wird in den Rahmen des veränderten Statuts aufgenommen.

Als der Hauptvorstand in der Generalversammlung seinen Antrag stellte, trat er eigentlich mit keiner Neuigkeit, mit keiner eigentlichen Änderung in des Wortes strenger Bedeutung hervor. Es war unumgänglich notwendig, die bisherige Praxis genau durch Satzungen zu begrenzen, um die endliche Organisation des Volksbibliothekenvereins zu beschleunigen und die Arbeit am großen Werke der Volksaufklärung einheitlich und zielbewußt zu gestalten.

Die vollführten und jetzt in den Statuten zum Ausdruck gebrachten Änderungen betreffen — im Vergleich mit dem alten Statut: —

1. die Ziele und Aufgaben,
2. die Organisation des Volksbibliothekenvereins,
3. die Generalversammlungen.

In Anbetracht unserer in dieser Hinsicht deutlichen Statuten ist es notwendig, sich die dadurch geschaffene Situation näher anzusehen.

Die Aufgabe des Vereins. Die einzige Aufgabe, welcher der Verein seit seiner Gründung zu verwirklichen bestrebt war, war nach der Fassung der alten Statuten: „Die Ausbreitung von nützlichen, die religiösen Gefühle des Volkes erhebenden und belehrenden polnischen Bücher und die Gründung unentgeltlicher Volksbibliotheken.“ In der ersten Phase seiner Entwicklung ging der Volksbibliothekenverein wirklich nicht über den Rahmen der so begrenzten Aufgabe hinaus. Der an der Spitze des Vereins stehende Hauptvorstand, der in den einzelnen Kreisen durch seine Delegierten repräsentiert wurde, sammelte Beiträge und Fonds und kaufte dafür die von seiner Kritikkommission empfohlenen Bücher. Diese Bücher sandte er dann in die einzelnen Ortschaften zwecks Vergrößerung der schon bestehenden oder neu zu gründenden Bibliotheken.

Infolge der in letzter Zeit in einigen Kreisen stattfindenden intensiven Arbeit des Volksbibliothekenvereins veranstalteten die Komitees, sich nach den Beschlüssen der Generalversammlung und den Fingerzeigen des Hauptvorstandes richtend, eine ganze Reihe öffentlicher Versammlungen mit Aufklärungsreferaten und Lichtbildervorträgen. An den größeren Bibliotheken (in Schildberg und Ostrowo) wurden Journal- und Zeitungslesehallen eröffnet. Alle diese Bemühungen, die durch ein tatsächliches Bedürfnis hervorgerufen wurden (denn bis jetzt hat man hauptsächlich in den kleinen Städten und Dörfern fast nirgends daran gedacht) machen einerseits den so wenig bekannten Volksbibliothekenverein volkstümlich und erobern ihm im Auge Herz und Sinn für seine Idee und Arbeit und vervollständigen andererseits vorzüglich unsere Bibliotheken.

Die Aufklärungsarbeit ist in unserer Gesamtheit überhaupt wenig entwickelt. Über die im Bereich unserer zahlreichen Vereine veranstalteten Unterredungen, Vorlesungen und Vorträge, über eine Reihe von Vergnügen und Liebhabervorstellungen hinaus fehlt uns bisher empfindlich eine lebhaftere Bewegung gerade in dieser Beziehung. In den letzten Jahren entstanden in einigen Städten nach dem Posener Muster Komitees für volkstümliche Vorlesungen, welche sich mit der Veranstaltung von populär-wissenschaftlichen Vorlesungen und Vorträgen für die breitesten Schichten der Gesamtheit befassen.

Wer sich selbst mit einer ähnlichen Arbeit befaßte oder aufmerksam ihre Entwicklung verfolgte, der konnte sich mit Leichtigkeit davon überzeugen, wie notwendig sie ist, mit welcher Dankbarkeit sie überall aufgenommen wird, welcher Anstrengungen es bedarf, um die Isolierung und das Strohfeuer solcher Bemühungen zu verhindern.

Zu diesem Zwecke muß man alle unternommenen Versuche vereinigen, die Aufklärungsbewegung volkstümlich machen und ausbreiten, und vor allen Dingen sie zielbewußt und systematisch anfassen und durchführen. Eine ausgeprägte und einzig Aufklärungszwecken gewidmete Organisation fehlte uns bis jetzt vollständig. Der Volksbibliothekenverein berücksichtigte in einer langen Reihe von Jahren, vielleicht gerade wegen dieser Ausschließlichkeit mit nicht besonderem Erfolg nur einen Teil der Aufklärungsarbeit, nämlich die Gründung von Bibliotheken.

Die Deutschen haben ihren prächtig sich entwickelnden „Volksbildungsverein“, die Böhmen ihren

„Mutterverein“, Galizien seinen „Volkschulverein“. — Wir hatten eine ähnliche Institution nicht aufzuweisen. Kraft der Entwicklung und tatsächlichen Notwendigkeit erweiterte sich in der Praxis das Tätigkeitsfeld des Volksbibliothekenvereins und nahm in einigen Ortschaften breite Dimensionen und das Zeichen einer weiten und allseitig aufgefachten Aufklärungsarbeit an. Es scheint also, daß gerade der Volksbibliothekenverein, welcher schon eine lange Reihe von Jahren auf diesem Felde tätig ist, sich am besten zur Übernahme dieser Aufgaben eignet.

Nach einer solchen Erfahrung zögerte der Hauptvorstand nicht, die die Aufgaben des Volksbibliothekenvereins begrenzenden Statuten zu erweitern und damit eine ernste, das ganze Gebiet der Aufklärungsarbeit umfassende Institution mit allen ihren Mitteln zu schaffen, soweit sie überhaupt in unseren Verhältnissen entwicklungsfähig ist.

Nach dem veränderten Statut ist also das Ziel unserer Institution die Aufklärung des Volkes sowohl durch Verbreitung guter Bücher, als auch durch Veranstaltung volkstümlicher Vorlesungen, Vorträge, Gründung von Journal- und Zeitungsleshallen und alle andern in unsern Verhältnissen möglichen und entsprechenden Mittel.

Jedes Komitee des Volksbibliothekenvereins ist demgemäß befugt und verpflichtet, nach Kräften, nach Möglichkeit und gemäß den Verhältnissen mit Hilfe dieser Mittel Aufklärung zu verbreiten.

Der Hauptvorstand ist befugt und verpflichtet, die ganze Bewegung zu lenken.

Die Zeitschrift *Czytelnia Ludowa* ist als Organ des Vereins befugt und verpflichtet, die Aufgaben aus dem Gebiete der Aufklärung grundsätzlich und einzeln zu besprechen. Der Hauptvorstand wird sich sicherlich in kürzester Zeit den neuen Aufgaben und Bedürfnissen des Vereins entsprechend organisieren und mit entsprechenden Fingerzeigen auftreten; er wird die nächste Generalversammlung im Sinne der neuen Statuten einberufen und ein spezielles Programm der Arbeit ausdenken und seine praktische Ausführungsmöglichkeit angeben, so daß wir im Herbst fertiges Material haben werden.

Die Organisation des Volksbibliothekenvereins.

Zufolge der Beschlüsse des Hauptvorstandes und der Generalversammlung der Delegierten fand die seit mehreren Monaten durchgeführte Reorganisation des Vereins bis jetzt keinen Ausdruck in unseren Statuten. Es mußten also im Statut diese Veränderungen in der Zusammensetzung und in dem Vorstand des Vereins spezialisiert werden.

Wir müssen dahin streben, daß in allen Kreisen bzw. Bezirken sich, je nach Bedarf, aus einer größeren oder kleineren Zahl Personen bestehende Komitees bilden, welche die ganze Aufklärungsbewegung des gegebenen Kreises leiten würden. Wo die Verhältnisse die Bildung eines Komitees nicht gestatten, übernimmt, wie es früher geschah, der von dem Hauptvorstande ernannte Delegierte alle seine Pflichten und Rechte. Die Art der Tätigkeit der Komitees und Delegierten bestimmen das Regulativ und die Fingerzeige des Hauptvorstandes.

Durch die unter Leitung des Hauptvorstandes stehenden Kreis Komitees und Delegierten ist der Volksbibliothekenverein bestrebt, seine Aufgaben zu verwirklichen; durch sie ist er bemüht, das Licht der Volksaufklärung in die entlegensten Winkel zu tragen.

An der Spitze des Vereins steht der Hauptvorstand, dessen vierter Teil von jeder Generalversammlung gewählt wird. Scheidet im Laufe der Jahres ein Mitglied aus, so bedient sich der Hauptvorstand des Rechtes der Reoptation. Die Aufgabe des Haupt-

vorstandes ist die Leitung der Geschäfte des Vereins im Sinne des Statuts, außerdem die Ausführung und das Inslebenrufen der Beschlüsse der Generalversammlung. Der Hauptvorstand wacht also darüber, daß die Komitees und Delegierten ihre Pflicht tun. Die Erfüllung dieser Pflichten strebt er zu erleichtern durch Angabe entsprechender Mittel, durch sein Bureau, welches Informationen in den Aufklärungsangelegenheiten erteilt und die Korrespondenz erledigt; durch die Herausgabe der Zeitschrift *Czytelnia Ludowa*, welche die Beschlüsse des Hauptvorstandes publiziert und als Fachblatt sich bemüht, das Interesse für den Verein durch die Arbeiten derer zu wecken und zu erhalten, welche auf dem Felde der Volksaufklärung arbeiten, und andererseits konzentriert er die ganze Aufklärungsbewegung, indem er sich bemüht, die in dieser Richtung gehende Arbeit aufzuklären und zu vertiefen.

Die Generalversammlung.

Der dritte Punkt, welcher durch die neuen Statuten eine Änderung erfahren hat, ist die Generalversammlung. Es unterliegt keiner Frage, daß die Generalversammlungen, wie sie bis jetzt stattgefunden haben, zum mindesten überflüssig waren und absolut keine Bedeutung für die Entwicklung des Volksbibliothekenvereins hatten. Langjährige trübe Erfahrung überzeugte uns davon und veranlaßte in der *Czytelnia Ludowa* grundsätzliche Artikel des Hauptbibliothekars Dr. Michalski. Regelmäßig sind außer den Mitgliedern des Hauptvorstandes übrigens sehr wenige für den Volksbibliothekenverein tätige und arbeitende Menschen erschienen, die einigermaßen mit den Aufgaben und Zielen nebst den Mitteln unserer Arbeit und unseren Anstrengungen bekannt gewesen wären! Übrigens sahen wir dort gewöhnlich mehrere Individuen guten Willens, die aber in den Angelegenheiten der Aufklärung nicht kompetent waren. Es ist nicht zu verwundern, daß angesichts einer solchen Zusammensetzung die Generalversammlungen niemals das Interesse für unsere Sache geweckt, niemals unsere Anstrengungen nur einen Schritt vorwärts gebracht haben; für die Institution waren sie gänzlich fruchtlos. Sie endeten gewöhnlich mit der Erteilung der Entlastung an den Hauptvorstand und mit der Wahl der abtretenden Mitglieder durch Akklamation. Und wenn irgendeine Institution, so müßte vor allen Dingen der Volksbibliothekenverein mit seinen großen Zielen und Aufgaben, mit seinem mächtigen Arbeitsumfang, mit seinem so verzweigten Tätigkeitsfeld nicht eines so bedeutungsvollen Mittels, wie es eine gut organisierte jährliche Generalversammlung ist, entbehren. Hier geht es nämlich um eine neue Aufseerung zur weiteren Arbeit, um bedeutende Beratungen über lebensfähige Anstrengungen des Vereins, um Aufnahme von Beschlüssen, die den ganzen Verein verpflichten.

Betrachten wir nur die Generalversammlungen der uns verwandten Aufklärungsorganisationen. Sie bilden, wie z. B. im deutschen „Volksbildungsverein“, im Volkschulverein Aufklärungskongresse in der vollsten Bedeutung des Wortes. Über die Bedeutung der Generalversammlungen geben sich ebenfalls unsere anderen großen Institutionen Rechenschaft, die sich so herrlich entwickeln, vielleicht dank diesem wichtigen Faktor; es kommen hier vor allen Dingen in Frage unsere Erwerbsgenossenschaften und Arbeitervereine. Will man unsere Generalversammlungen in einen positiven Faktor verwandeln, so würde sich empfehlen, aus denselben alle diejenigen zu entfernen, welche an unserer Arbeit keinen Anteil nehmen, und andererseits in dieselben alle diejenigen zu berufen, die an der Spitze der Aufklärungsbewegung des Volksbibliothekenvereins stehen.

Aus diesen Gründen schreibt das neue Statut vor, daß den Mitgliedern des Hauptvorstandes nebst allen

Mitgliedern unserer Kreiskomitees bzw. den Delegierten in der Generalversammlung tätiger Anteil mit Stimmrecht zustehe.

Außer dem Vollzug der Wahlen in den Hauptvorstand, außer der Erteilung der Entlastung nach Anhörung der bezüglichen Jahresberichte soll die Generalversammlung über die Angelegenheiten des Vereins beraten, unsere Institution zur weiteren Entwicklung bringen, die entsprechendsten Mittel der Arbeit ersinnen und danach die Beschlüsse, die den ganzen Verein verpflichten, fassen. Das Arbeitsprogramm der Generalversammlung bereitet der Hauptvorstand vor, welcher auch in ein besonderes Regulativ die Art und die Organisation unserer zukünftigen Aufklärungskongresse fassen wird. Die Beratungen werden in einzelnen Kommissionen und im Plenum stattfinden. Solcher Kommissionen müssen je nach Maß der einzelnen Mittel, mit deren Hilfe der Volksbibliothekenverein seine Tätigkeit entwickelt, mehrere geschaffen werden. Es würde sich empfehlen, z. B. in folgenden einzelnen Kommissionen zu beraten:

1. in der Organisationskommission,
2. in der Finanzkommission,
3. in der Redaktionskommission der Czjt. ludowa,
4. in der Kritikkommission, welche die Bücher für unsere Bibliotheken auswählt,
5. in der Kommission für die Vorträge usw.

Die so aufgefaßte und organisierte Generalversammlung müßte kurz vor Beginn des Aufklärungsjahres, also im Herbst, zusammentreten, um die geleistete ganzjährige Arbeit zu prüfen und neues Material vorzubereiten. — Die Aufklärungsarbeit, d. h. die Benutzung der Bibliothek und der Lesehalle, die Veranstaltung von Vorträgen usw. beginnt gewöhnlich mit dem Herbst und endet überall und fast immer mit dem Frühjahr;

der Sommer bedeutet vorwiegend Ruhe und Stillstand. — Der Sommer ist also am besten zum Ordnen aller Angelegenheiten, zur Revision und Umtausch der Bibliotheken, zum Abfassen der Jahresberichte, der Statistiken und zur Abhaltung von Kreisgeneralversammlungen und Aufklärungskongressen geeignet.

Der Hauptvorstand wird sicherlich in kurzer Zeit ein entsprechendes Regulativ ausarbeiten und veröffentlichen, und nach der Vorbereitung des Materials die Kreiskomitees zu der ersten auf diese Art veranstalteten Generalversammlung im Herbst dieses Jahres einladen.

In den anderen Punkten blieben die früheren Statuten ohne wesentliche Änderung bestehen, es blieben also die Paragraphen betreffend die Fonds des Vereins, die Frage der Auflösung derselben und der Abschnitt, der die Stellung und Kompetenz des Syndikus des Vereins bezeichnet, im alten Wortlaut bestehen.

Die vollführte Reorganisation des Volksbibliothekenvereins wurde endlich in den Rahmen eines entsprechenden Statuts gefaßt. An uns liegt es jetzt, das ins Leben zu rufen, was uns die Erfahrung gelehrt hat, an uns liegt es, das große Werk der Volksaufklärung durch eine reelle und ausdauernde Arbeit wirksam aufzunehmen.

Die Statuten des Volksbibliothekenvereins in Posen.

(Die Statuten des Volksbibliothekenvereins sind schon im Gesamtüberblick Nr. 10 in dem Bericht über den Verlauf der außerordentlichen Generalversammlung des polnischen Volksbibliothekenvereins, die am 3. März d. J. in Luisenhain stattfand, abgedruckt. Es kommt nur noch ein Paragraph hinzu. Er steht hinter § 7 und lautet: „Das ausscheidende Mitglied und dessen Erben haben keinerlei Ansprüche auf eine irgendwelche Entschädigung oder Rückzahlung der eingezahlten Beiträge.“ Das neue Vorstatut enthält also 15 statt 14 Paragraphen.)

XXVIII. Jahresbericht des Volksbibliotheken-Vereins in Posen für das Jahr 1908.

Zusammenstellung der Rechnungen für das Jahr 1908.

A. Einnahmen.		M	h
1. Jährliche Beiträge		12 849,81	
2. Verkauf von Büchern		206,10	
3. Außerordentliche Einnahme:			
a) Rest vom Jahre 1907	2 234,06		
b) Zinsen vom Vermögen	1 735,40		
c) Vom „Dzien. Pozn.“	1 862,92		
d) „ „Kurjer“ und „Drendownit“	377,21		
e) „ „Przewodnik Katolicki“	206,40		
f) „ „Postemp“	19,75		
g) „ „Przyjacieł ludu“	11,00		
h) „ „Robotnik“	6,90		
i) Von verschiedenen Gebern	1 720,00		
k) Sammlungen auf Hochzeitsfesten, Volksversammlungen zc.	563,27		
l) Erlös aus dem Verkauf von Gratulationskarten ..	50,00		
m) Vom Konzert auf dem Lido bei Venedig	162,40		
n) Sammlung bei der Beratung des Landwirtschaftlichen Zentral-Vereins	607,70		
o) Vom Geselligen Zirkel	250,00		
p) Von der Vierteljahresschrift	33,00		
r) Vom Komitee der Pelikanmarken	253,25		
s) Beiträge der Galizier durch Chlapowski aus Bonikowo	2 766,75		
t) Rente vom eisernen Fonds, die in den Dispositionsfonds übernommen wurde	553,10	13 413,11	
Zusammen...		26 469,02	

B. Ausgaben:

	M	M
1. Bücherankauf	9 195,44	
2. Büchereinbände einschl. Reparatur alter Bücher	2 995,47	
3. Bureaukosten	2 987,52	
4. Organisationskosten	3 320,07	
5. Bücherschränke	525,00	
6. Rückzahlung der lebenslänglichen Zinsen	132,60	
7. Geforderte Beitragsrückzahlung	15,20	19 171,30
Reft für das Jahr 1908...		7 297,72

C. Vereinsvermögen:

	M
1. Dr. Gerzyfowski-Fonds	1 000,00
2. 5 Aktien der Bank Ziemski à 1000 Mark des Anton Grodzki-Fonds (27. 2. 1900)	5 000,00
3. † Geistl. Wrzesinski-Fonds, Eisenbahnaktie Piraeus—Larissa mit Vorbehalt der Zinsen	2 000,00
4. Fonds des Propstes Bazynski	1 250,00
5. " der † Marie Wieruszewska	500,00
6. " des † Dr. Respondek	1 525,00
7. " " Defans Kinowski aus Oporowo	200,00
8. " " † Dr. Johann Panienski	300,00
9. " " † Josef Walenski	1 500,00
10. " " Roman Plewkiewicz, nominell mit Vorbehalt der lebenslänglichen Zinsen	10 800,00
11. Fonds des St. Belza aus Warschau, 8 Aktien der Bank Ziemski à 1000 Mark	8 000,00
12. Fonds des Defans Ludwig Zientkiewicz, 3 1/2 % Pfandbrief, nominell	500,00
13. Fonds des Thaddäus Adamczewski aus Biernatki	500,00
14. Fonds des Dr. Hassiewicz aus Karlsbad, 10 Aktien der Bank Ziemski à 1000 Mark	10 000,00
15. Fonds der „Praca“-Leser	400,00
16. Fonds der „Zenobia Zychlinska“ aus Wzarzewo	1 000,00
17. Lescoeur-Fonds aus Paris, 3 Aktien der Bank Ziemski	3 000,00
18. Josef Rusteyko-Fonds aus Paris, 1 Aktie der Bank Ziemski	1 000,00
19. Zmura-Fonds aus Chwalfowo mit Vorbehalt der lebenslänglichen Zinsen	1 000,00
20. Theodor und Franziska Luzinski-Legat mit Vorbehalt der lebenslänglichen Zinsen	3 000,00
21. Fonds des Geistl. J. aus D.	500,00
22. " " Adamczewski aus Mondre	1 000,00
23. " " † Dr. W. Lebinski	200,00
Zusammen....	54 175,00

Tafel I.

Zusammenstellung der Einnahmen nach den Provinzen:

	M
Aus dem Großherzogtum Posen gingen ein	8 693,95
Aus Westpreußen	1 644,75
Aus Ostpreußen	15,50
Aus Oberschlesien	355,30
Von verschiedenen Seiten	2 140,31
Summa der jährlichen Beiträge	12 849,81

Tafel II.

Zusammenstellung der Einnahmen nach den Kreisen des Großherzogtums Posen.

Kreis	1907	1908	1909 vom 1. 1. bis 1. 3.	Bemerkungen
	M	M	M	
1. Bomst	168,75	141,—	220,—	Durch Beschluß des Vorstandes ist der Termin zum Ein-senden der Beiträge bis 1. März verlängert worden.
2. Bromberg	80,—	215,—	—,—	
3. Kolmar	100,05	127,75	6,50	
4. Czarnikau	80,05	—,—	127,—	
5. Gnesen	133,20	166,75	—,—	
6. Gostyn	372,80	43,75	300,—	
7. Grätz	375,—	495,22	—,—	
8. Hohenjalza	544,—	1 194,20	—,—	
9. Jarotschin	127,—	316,30	15,—	

Preis	1907	1908	1909 vom 1. 1. bis 1. 3.	Bemerkungen
	M	M	M	
10. Kempen	100,15	220,—	100,—	
11. Kofen	30,—	258,53	122,—	
12. Kofchin	—,—	105,35	20,—	
13. Krotzsch	121,40	142,95	111,15	
14. Lissa	31,70	50,—	—,—	
15. Birnbaum	33,30	45,—	62,25	
16. Mejeritz	63,35	—,—	—,—	Mit Bomst vereinigt.
17. Mogilno	95,35	444,85	126,—	Außerdem 127,60 Mk. für gekaufte Bücher bezahlt.
18. Neutomischel	136,—	75,50	—,—	
19. Obornik	404,—	300,85	182,79	
20. Adelnau	20,—	—,—	—,—	
21. Ostrowo	145,—	100,—	—,—	
22. Schildberg	17,—	15,—	—,—	
23. Pleschen	261,12	212,15	201,80	102,00 Mark dem „Dzien.“ eingefandt.
24. Posen-Stadt	1 616,60	1 452,50	640,—	
25. Posen-Ost	241,10	306,55	88,—	120,00 Mark dem „Dzien.“ eingefandt.
26. Posen-West	104,25	155,75	66,47	
27. Rawitsch	132,25	138,75	30,05	
28. Schwerin a. W.	—,—	—,—	—,—	
29. Schmiegel	3,—	43,60	—,—	
30. Schroda	640,15	300,—	65,20	70 Mark dem „Dzien.“ eingefandt.
31. Schrimm	78,95	16,—	105,—	
32. Strelno	25,—	25,—	88,40	
33. Samter	383,10	239,80	185,65	
34. Schubin	10,10	156,35	—,—	
35. Wongrowitz	213,70	292,80	244,25	
36. Gilehne	13,70	110,70	—,—	
37. Witkowo	118,35	127,50	100,—	
38. Breschen	134,60	50,—	99,70	
39. Fraustadt	15,10	8,50	—,—	
40. Wirzitz	231,05	310,—	—,—	
41. Znin	31,05	290,—	126,60	Außerordentliche Ein- nahme 60,30 Mk.
Westpreußen.				
42. Strasburg Wpr.	3,—	56,—	—,—	
43. Culm	40,—	—,—	185,—	
44. Königs	339,95	130,—	—,—	
45. Schlochau	—,—	59,50	—,—	
46. Danzig	2,50	6,05	—,—	
47. Graudenz	5,—	33,05	—,—	
48. Karthaus	49,—	34,—	—,—	
49. Berent	73,75	144,20	—,—	
50. Marienwerder	14,—	118,—	3,50	
51. Lobbau	—,—	33,30	—,—	
52. Putzig	19,50	67,50	—,—	
53. Pr.-Stargard	58,75	62,40	19,—	
54. Schweß	262,20	488,05	169,—	
55. Stuhm	—,—	23,—	—,—	
56. Dirschau	29,10	122,—	8,70	
57. Thorn	79,—	—,—	—,—	
58. Tuchel	—,—	105,—	9,50	
59. Briesen	101,50	124,90	—,—	
60. Neustadt Wpr.	—,—	24,80	—,—	
61. Flatow	33,65	13,—	—,—	
Schlesien.				
62. Beuthen O.-S.	51,05	17,50	—,—	
63. Gleiwitz	—,—	6,05	3,—	
64. Leobschütz	—,—	—,—	—,—	
65. Rattowitz	31,—	42,55	—,—	

Kreis	1907	1908	1909	Bemerkungen
	ℳ	ℳ	vom 1. 1. bis 1. 3. ℳ	
66. Cosel	18,—	—,—	—,—	
67. Kreuzburg	—,—	—,—	—,—	
68. Lublinitz	—,—	14,—	—,—	
69. Rosenberg	5,—	11,—	—,—	
70. Oppeln	—,—	43,50	—,—	
71. Neustadt D.-S. ...	—,—	—,—	—,—	
72. Pleß	41,—	37,—	65,35	
73. Ratibor	40,—	100,—	—,—	
74. Rybnik	42,05	66,10	15,—	
75. Groß-Strehlitz	10,—	4,60	2,60	
76. Tarnowitz	—,—	—,—	—,—	
77. Zabrze	26,50	—,—	20,—	
78. Görlitz	11,50	13,—	—,—	
79. Von verschiedenen Seiten gingen ein...	1 556,38	2 155,81	—,—	
Gesamteinnahmen..	10 434,95	12 849,81	3 935,06	

Die unterzeichnete Revisionskommission prüfte am 1. März 1909 die Kasse des Volksbibliothekenvereins in der Privatwohnung des Schatzmeisters Dr. Kapuscinski.

Die Einnahme betrug..... 26 469,02 Mk.

„ Ausgabe „ 19 171,30 „

Es bleiben..... 7 297,72 Mk.

Der oben angegebene Rest fand sich in der Kasse vor, ebenso waren alle eisernen Fonds in der gehörigen Ordnung.

Die unterzeichnete Revisionskommission stellt in der Generalversammlung den Antrag, dem Schatzmeister Dr. Kapuscinski Entlastung zu erteilen.

Posen, den 1. März 1909.

Josef Sobocki.

Jaroslaus Leitgeber.

St. Hedinger.

Posen, Datum des Poststempels.

Das nachstehende Zirkular wird in vertraulicher Weise nach Russisch-Polen sowie Galizien zu dortigen polnischen Gutsbesitzern usw. versendet.

Geehrter Herr!

Da wir Ihre Bereitwilligkeit kennen, den Angelegenheiten des Landes zu dienen, und da wir sehen, über welch weiten Kreis von Einflüssen Sie verfügen, nehmen wir uns die Freiheit, im Namen der Jugend des preussischen Anteils uns an Sie mit der nachstehenden Bitte zu wenden, die wir hier in Kürze vortragen wollen.

Wir wissen, daß alljährlich eine Menge polnischer Schüler von Mittel- und höheren Schulen zu Ferienunterricht in das Königreich reist, wobei hauptsächlich die galizische Jugend und die des russischen Anteils berücksichtigt wird. Die Jugend des preussischen Anteils kommt bei der Wahl von Korrepetitoren gewöhnlich nicht in Rechnung. Nun gestatten wir uns, Ihre Aufmerksamkeit, geehrter Herr, auf den ungeheuren nationalen Nutzen zu lenken, der sich ergeben könnte, wenn wenigstens ein Teil der Jugend des preussischen Anteils ein paar Ferienmonate unter der polnischen Gesellschaft im russischen Anteil verbringen könnte. Unsere Volksgemeinschaft, welche in der letzten Zeit anläßlich der Enteignung sich etwas lebhafter für die Angelegenheiten des preussischen Anteils interessiert hat, übersieht leider traurige Tatsachen, die wir hier auf jedem Schritte im Leben der Jugend feststellen können, Tatsachen der unausgesetzt fortschreitenden geistigen Germanisierung unter dem Einfluß der preussischen Schule, und andrerseits das Anwachsen einer verderblichen Anteilabsonderung und eines Mangels allpolnischer Empfindungen und Merkmale in der breitesten Be-

deutung dieses Wortes. Um diesen verderblichen Erscheinungen vorzubeugen, sind wir bestrebt, unter unsrer Jugend eine lebendigere Aktion ins Werk zu setzen, welche dahin strebt, sie mit der polnischen Kultur und mit den Verhältnissen in den beiden Anteilen bekannt zu machen. Gelänge es uns, einen Teil unsrer Jugend für die Ferien in polnischen Häusern im Königreich unterzubringen, so würden unsre Bestrebungen eine bedeutende Förderung erfahren.

Praktisch stellt sich die Sache so dar, daß wir bereit sind, während der Zeit der hiesigen Ferien mit einer bedeutenderen Zahl von Korrepetitoren zu dienen, welche vor allem vorzüglich befähigt sind, Lektionen und Konversationen in deutscher Sprache zu erteilen; darüber hinaus können sie (natürlich außer in der russischen Sprache) die Erteilung einer ganzen Reihe anderer Gegenstände je nach Verabredung übernehmen. Wir hätten hierbei sowohl Universitätsstudenten als auch Gymnasiasten im Auge.

Eine gewisse Schwierigkeit würde darin beruhen, daß die Ferien im preussischen Anteil zeitlich nicht ganz mit denen in den übrigen Anteilen zusammentreffen. Eine Schwierigkeit für manche Gouvernements bildet auch der weite Weg; wir meinen jedoch, daß in Anbetracht der großen nationalen Vorteile, die wir uns von unsrer Aktion versprechen, diese Hindernisse hier nicht zu ihren Ungunsten entscheiden können.

Nochmals empfehlen wir mit vollem Vertrauen Ihnen, geehrter Herr, unsre Sache, und wir bitten, sich betreffs aller Informationen an den Herrn Abgeordneten Dr. Felizian von Riegolewski, Posen, Königsplatz, wenden zu wollen, welcher es gütigst übernommen hat, in unsrer Aktion zu vermitteln. Wir

bitten jedoch, Namen nach Möglichkeit nicht zu veröffentlichen.

Indem wir uns Ihrem Andenken, geehrter Herr, empfehlen, verbleiben wir mit wahrer Hochachtung

für das Komitee

Thaddäus Mikulowski. Dr. Rafimír Maj.

Bemerkung: Ferien der Universitätsstudenten und Abiturienten: März—April, August, September—Oktober. Ferien der Gymnasiasten: Juli.

Aus Nr. 59 des Przyjaciół ludu (Posen)
vom 18. Mai 1909:

Witkowo.

Im nahen Koskowo herrschen sehr unangenehme Zustände zwischen den Ortsparochianen und dem Ortsgeistlichen Rakowski. Die Zwistigkeiten hören nicht auf, und der Propst Rakowski beschimpft von der Kanzel herab seine Parochianen. Deshalb verbot ihm die geistliche Behörde auf eine bestimmte Zeit das Predigen. Sobald das Verbot aufgehoben war, fing Propst Rakowski wieder an, die Parochianen zu beleidigen, welche eine sehr entschiedene Beschwerde schriftlich an das Konsistorium sandten. Aber auch dieses fruchtete nichts. Propst Rakowski vergaß sich soweit, daß er dem Gemeindevorsteher drohte, der Königl. Regierung anzuzeigen, daß letzterer bestimmte Gelder in eine polnische Kasse gab, es sei denn, daß der Gemeindevorsteher ihn um Verzeihung bitte. Um dieses Verhalten gehörig zu bezeichnen, fehlen einem die Ausdrücke. Es ist noch zu bemerken, daß das Kirchenland vom Propste an einen Deutschen verpachtet wurde, obwohl polnische Wirte sich auch um das Land bemühten. Jetzt haben diese Armen auf ihren paar Morgen keine Beschäftigung und kein Auskommen mehr und müssen, um Brot zu verdienen, nach Westfalen und andern Gegenden wandern.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 55 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 8. Mai 1909:

Dirschau.

Ein polnischer Saal zur Abhaltung von Versammlungen und Vergnügungen soll angeblich schon im nächsten Jahre erbaut werden. Gebe Gott, daß das erfolgt. Vielleicht möchte das Komitee bekannt geben, wie viel Geld es schon besitzt, und welche Aussichten für den Erwerb eines Grundstückes bestehen, damit die Landsleute zu weiteren Spenden angespornt werden können. Denn wenn Aussichten zur Errichtung eines Saales bestehen, dann würde mancher gern in die Tasche greifen, um einen Stein zum Bau hinzuzufügen.

Aus Nr. 106 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 11. Mai 1909:

Schweh.

Herr Rozczyniański, ein Bruder des Besitzers von Bärenthal, hat von dem Deutschen Rahn in Bagrienwo eine 120 Morgen große Wirtschaft gekauft, die seit uralten Zeiten in deutschen Händen gewesen ist. Dem neuen Erwerber ein „Glück auf!“

Aus Nr. 56 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 11. Mai 1909:

Milobondz.

Die Polen aus Milobondz und Umgegend beabsichtigen hier einen **Volksverein** zu gründen.

Aus Nr. 56 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Mai 1909:

Man verkauft uns!

Die Sklaverei ist auf der Welt schon längst abgeschafft. Der Handel mit Mohren oder Chinesen hat sowohl auf dem Festlande wie auf allen Meeren der ganzen Welt schon längst aufgehört. Nur wir Polen bilden die einzige Ausnahme. Es kommt zwar nicht vor, daß die Russen oder Deutschen die Polen einzeln aufgreifen und verkaufen, aber dafür wollen sie uns en gros für 8 Milliarden Rubel verkaufen.

Sollte das jemand für möglich halten? Und das ist etwa kein neuer Einfall. Im Gegenteil, schon im Jahre 1870 hat der Posener Bürgermeister Kohleis im preußischen Herrenhause dem Ankauf des Königreichs Polen das Wort gesprochen. Etwas später hat Dr. Walcker, Professor der Ökonomie am Polytechnikum in Karlsruhe, bei Luthardt in Leipzig eine Broschüre herausgegeben, in welcher er Rußland den Rat erteilt hat, das Königreich Polen an Deutschland zu verkaufen. Seitdem hat dieser Gedanke in den Köpfen und Broschüren verschiedener preußischer Politiker gearbeitet, und in letzter Zeit hat sich sogar der russische Schriftsteller Miensschikow, ein bekannter Polenfeind, gefunden, welcher den Rat erteilt, das Königreich Polen für acht Milliarden Rubel an die Preußen zu verkaufen.

Wir dürfen uns über die Preußen nicht wundern! Man muß das Glied dieser „einzig“ zivilisierten und kulturellen Nation sein, man muß ein Denker sein, man muß auf der Grundlage der Geschichte der kruzritterlichen Raubsucht erzogen sein, um sich zu einem solchen Rat und zu einer solchen schamlosen Landkuppelerei aufzuschwingen, daß man anregt, eine Nation als Handelsobjekt zu benutzen, ohne nach ihren Rechten und nach ihrem Willen zu fragen. Wir sagen und wiederholen, daß wir uns über diejenigen Deutschen, welche dem Rat, das Königreich Polen anzukaufen, Wort und Feder leihen und geliehen haben, gar nicht wundern. Denn das Preußentum versteht für sich keine bessere Zukunft und kein größeres Glück, als daß es sich zum Schaden der Nachbarn auf fremdes Eigentum stützen kann. Angesichts dieser jeden Augenblick an die Oberfläche tretenden Gier nach Angliederung des Königreichs Polen an das „heilige deutsche Reich“, ist alles Selbstlob der Preußen, daß es ihre Aufgabe sei, unter den Völkern die Zivilisation zu verbreiten, weiter nichts als ein leeres Gerede, weiter nichts als ein Deckmantel, mit dem sie nur ihr Bestreben, die reichen polnischen Gefilde mit schwäbischen Pionieren zu bevölkern, um durch sie ein Bindeglied mit den angeblich bedrückten Brüdern in den deutschen Ostprovinzen am Baltischen Meere herzustellen, bemänteln wollen. Wir wundern uns nicht, daß die Deutschen mit begehrllichem Auge auf die reichen polnischen Gefilde blicken. Denn die Interessen der deutschen Nation und ihre Vermehrung drängen es nach dem Baltischen Meere und durch ganz Polen nach dem Schwarzen Meer. Man müßte also annehmen, daß Rußland endlich einmal zur Besinnung kommt, daß es sich auf die Wacht des Slaventums stellt und einen Strich durch die deutschen Pläne und Versuche machen wird. Daran ist aber nicht zu denken!

Im Gegenteil, es hat sich ein russischer Schriftsteller, jener Mienschkow, gefunden, der das Königreich Polen den Deutschen für 8 Milliarden Rubel verkaufen will, um, wie er schreibt, „den Mühlstein (also Polen) vom Hals zu werfen.“

Dieser gewiß von deutschen „Gelehrten“ geliebene Rat des Herrn Mienschkow lahmte aber auf beiden Füßen, denn die Deutschen haben weder das Geld dazu, um sich eine derartige Summe erlauben zu können, noch sind sie so schlechte Politiker, um etwas zu kaufen, was sie — nach kreuzzitterlicher Sitte — umsonst nehmen können. Denn das verfaulte Rußland würde den Deutschen keinen erfolgreichen Widerstand leisten können, wenn sie schon heute ihre gepanzerte Faust nach dem Königreich ausstrecken wollten.

In jedem Falle ist es in dem von Deutschen und deutschen „Knechtow“ regierten Rußland eine bezeichnende Erscheinung, daß sich ein Schriftsteller findet, der die Mascherolle in der Verschacherung eines slawischen Landes und 8 Millionen Polen, Slawen, an ihre Erbfeinde, die Deutschen, übernimmt.

Aus Nr. 56 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Mai 1909:

Das **Graudenzger Gericht** hat unseren Redakteur, Herrn Szczyka, neuerdings wieder zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Sogar der Staatsanwalt war der Meinung, daß 300 M. schon eine genügende Strafe wären, aber das Graudenzger Gericht wollte unseren Redakteur auf das strengste bestrafen und hat eine viel höhere Strafe beschlossen. Wir hoffen, daß unsere Leser auf diese außergewöhnlich hohe Geldstrafe hin eine Antwort finden und noch in diesem Monat mindestens **500 neue Abonnenten** für die Gazeta Grudziadzka werben werden.

Liebe Brüder! Was sind für euch 500 neue Abonnenten?! Wir hoffen, daß ihr alle Kräfte aufbietet, um unsere Bitte zu erfüllen. Also ans Werk! Tretet besonders an die Arbeiter aus dem Königreich und aus Galizien sowie an die Herren Kaufleute heran, die in ihrem Geschäft die Gazeta Grudziadzka noch nicht haben.

Aus Nr. 57 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Mai 1909:

Aus Goflershausen

wird uns geschrieben, daß in den Vorstand der am 7. d. M. hier ins Leben gerufenen **Volksbank (Bank Ludowy)** folgende Herren gewählt worden sind: Boleslaus Bardzki aus Wichulec sowie Nelske und Eichanowski aus Goflershausen. In den Aufsichtsrat sind folgende Herren gewählt worden: Ossowski aus Bialoblot als Vorsitzender, Alkiewicz aus Goflershausen, Chs-fowski aus Rittnowka, Roman aus Plowenski, Kurzynski aus Szczepanek, Haftka aus Buchwald. Der Bank sind 25 Mitglieder beigetreten. Der Versammlung, die über zwei Stunden gedauert hat, hat Herr Prälat Wawrzyniak aus Mogilno beigewohnt.

Aus Nr. 57 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 13. Mai 1909:

Das hiesige zentrumsparteiliche **Westpreussische Volksblatt** hat eine Korrespondenz mit einem scharfen Tadel für die polnischen Blätter enthalten, weil sie anlässlich der Ernennung des Herrn Dom-

herrn Scharmer zum Offizial der Kulmer Diözese in bitteren Worten ihre Klagen ausgesprochen haben.

Der Korrespondent — anscheinend ein deutscher Priester — nennt das Vorgehen der polnischen Blätter unkatholisch und meint, daß unsere Blätter die polnische Politik in die Kirche hineinbringen und den geistlichen Behörden gegenüber keine Achtung bewiesen, und daß sie auch sich selbst gegenüber keine Ehre besäßen.

Bevor wir uns über diese Angelegenheit eingehender auslassen, müssen wir uns doch endlich diese fortwährenden Vorwürfe verbitten, daß die polnischen Blätter die Politik in die heilige Kirche hineintragen hätten; denn ein derartiger Vorwurf ist geradezu eine Verhöhnung unseres großen Schmerzes, den uns die unsere Germanisierung anstrebbenden Anordnungen der geistlichen Behörden zugefügt haben.

Wir Polen kennen und erfüllen unsere katholischen Pflichten vielleicht besser als die deutschen Katholiken. Unter uns kommt keine Auflehnung gegen den heiligen Glauben vor, wie sie unter der deutschen Geistlichkeit und unter den deutschen Katholiken ununterbrochen in Erscheinung tritt. Wenn auf dem Kulmer Throne z. B. ein polnischer Erzhirte säße, oder ein deutscher Erzhirte, der mit der überwiegenden Mehrheit der polnischen Lämmlein rechnete, dann würde niemals ein so offener antipolnischer Politiker, wie es Herr Domherr Scharmer ist, zum Kulmer Offizial ernannt worden sein.

Wenn die deutschen Katholiken die schwere Beleidigung nicht verstehen wollen, die in dieser Ernennung für die polnischen Diözesanen enthalten ist, so geschieht das nur infolge der Politik, die sich den Anschein der Gutmütigkeit eines Schäfleins gibt, in Wirklichkeit aber eine Wolfspolitik ist, die nach völliger Zerstörung der polnischen Seele in unserem Volke strebt.

Aus Nr. 59 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 18. Mai 1909:

Aus der Diözese

wird uns geschrieben:

Das Danziger deutsch-katholische Westpreussische Volksblatt weist in seiner Nummer 105 einen sehr interessanten Artikel unter der Überschrift **„Polnische Übergriffe“** auf. Das Blatt sagt selbst, daß der Artikel von sehr beachtenswerter Seite stammt, also muß ihn irgend ein hochwürdiger Prälat geschrieben haben. Obwohl ich nicht zweifle, daß dieser Artikel von polnischer Seite die gehörige Antwort erhalten wird, so möge es auch mir vergönnt sein, einige Betrachtungen über diesen Artikel anzustellen.

Zuerst möchte ich dem hochwürdigsten Prälaten den Rat erteilen, daß er uns seine Ratschläge in unseren polnischen Blättern geben möchte. Wir würden daraus einen größeren Nutzen ziehen und er eine größere Freude haben. Denn wer von den polnischen Lesern liest das Volksblatt, abgesehen von einem kleinen Teil der polnischen Geistlichen?

Nun zum Artikel selbst. Eingangs schreibt der Korrespondent, daß nach langer Zeit die polnischen Provinzialzeitungen wiederum offen und verdeckt die bischöfliche Behörde und die katholischen Geistlichen deutscher Nationalität angreifen. Hochgestellte und sehr verdiente Geistliche, die — dem Korrespondenten zufolge — jahrzehntelang für die katholische Kirche mit wirklich apostolischem Eifer gearbeitet haben, würden mit Schmutz beworfen und in der schändlichsten Weise verächtigt. Ja, man erdreistete sich sogar, über die Kenntnis der polnischen Sprache der jüngeren Geist-

lichen deutscher Herkunft auf der Kanzel und im Beichtstuhl, die in so kurzer Zeit die polnische Sprache noch nicht ausreichend beherrschten, ein Urteil zu fällen. Jeder Katholik müsse sich darüber schämen, daß dies Blätter täten, welche sich ausdrücklich katholisch nennen. Die schlimmsten antipolnischen Blätter würden einen derartigen Ton nicht anschlagen. — Es ist an der Zeit, daß wir hiergegen die mahnende Stimme erheben. Dazu zwingt uns einzig und allein die Liebe zu unserer gemeinsamen Mutter Kirche, der wir alle, ob polnisch oder deutsch-katholisch, angehören.

Der Artikelschreiber sagt weiter: Wir leben doch in einer Diözese, die in sprachlicher Beziehung gemischt ist und in der das polnische Element überwiegt — in der aber in intellektueller Hinsicht das deutsche Element einen verhältnismäßig höheren Prozentsatz stellt.

Hier hat der Artikelschreiber offen seine ganze — und nicht nur seine, sondern zweifellos aller seiner Landsleute — Stellung uns polnischen Diözesanen gegenüber ausgesprochen. Wenn man diesen Satz in einem deutschen Blatte liest und die Kulmer Diözese nicht weiter kennt, dann gewinnt man den Eindruck, daß es hier zwar zahlenmäßig mehr Polen gibt, aber das hat ja nichts zu bedeuten, die Hauptsache ist doch die Bildungsstufe — und da sagt der Artikelschreiber, daß das deutsche Element in dieser Hinsicht höher steht. Ich kann mir das nur so erklären: ihr Polen seid zwar in der Mehrzahl, aber wir sind klüger, oder sagen wir einfach, die einzig Klugen; oder mit anderen Worten: bei uns Deutschen ist jeder Kopf ein Verstand — bei euch Polen ist jeder Kopf ein Krautkopf.

Hier haben wir den Schlüssel zur Erklärung der anormalen Verhältnisse in der Kulmer Diözese. Wenn die Kulmer Diözese 800 000 Seelen zählt, so entfallen im Höchstfalle 100 000 auf das deutsche Element, einschließlich aller polnischen Lehrer und Beamten, der Rest, also mindestens 700 000, ist polnisch. Nach der Gerechtigkeit, nach den angeborenen Rechten sowie nach den Grundsätzen und Praktiken der katholischen Kirche würde die Führerschaft einer polnischen Diözese nur der polnischen Geistlichkeit zustehen, während hier im Gegenteil die ganze Führerschaft in deutschen Händen liegt.

Es handelt sich hier um die Ernennung des Herrn Domherrn Scharmer zum Offizial. Daß der Herr Bischof ein Deutscher ist, ist ein großer Nachteil für die Diözese — aber hier können wir uns nicht anders helfen, es ist zwar ein Übel, aber das geringere Übel. Man müßte aber annehmen, daß der Bischof dort, wo er freie Hand hat, nach den allgemeinen Grundsätzen und Praktiken der katholischen Kirche handeln und auch die Interessen der polnischen Diözesanen berücksichtigen werde.

Aus diesem Grunde ist in letzter Zeit der Herr Bischof häufig scharf angegriffen worden. Auf diese Angriffe gibt der obige Satz eine Antwort. Jene hochwürdige Person sagt, Geistlicher Scharmer sowie andere unserer hochwürdigen Prälaten nähmen nicht deshalb eine hohe Stelle ein, weil sie Deutsche sind, sondern deshalb, weil sie Öl im Kopfe haben, weil sie in „intellektueller Hinsicht“ höher stehen. — Das ist eine sehr leichte Ausrede. Es wird sehr viel von der angeblichen polnischen Dummheit gesprochen, und sie wird auch in jeder Weise ausgenutzt. So rechnet auch hier der Artikelschreiber mit dieser angeblichen polnischen Dummheit und schreibt: Ich hätte ja einen der Eurigen genommen, aber ihr müßt doch zugeben, daß ihr Stroh im Schädel habt. Ich erweise der Diözese eine Wohlthat, wenn ich einen Priester mit Öl im Kopfe nehme.

So lege ich mir wenigstens diesen Satz aus. Vielleicht wird nachher jemand so liebenswürdig sein und mathematisch genau die Bildung und Unwissenheit

auf deutscher und polnischer Seite ausrechnen und mathematisch den Unterschied zwischen beiden Seiten beweisen. Inzwischen bitte ich den Artikelschreiber, daß er so freundlich sein und uns die deutsche Bildung etwas näher beleuchten und beweisen möchte.

Die Behauptung, daß wir zahlenmäßig größer seien, aber daß wir keinen Verstand hätten, beleidigt aufs tiefste die ganze Geistlichkeit und unsere ganze polnische Diözese. Denn unter den polnischen Geistlichen gibt es bedeutend mehr Gelehrte und wissenschaftlich bekannte Persönlichkeiten, als unter den deutschen Geistlichen. Und wenn wir noch unsere Landwirte und Gewerbetreibenden in Betracht ziehen, die unter sehr schwierigen Verhältnissen wirtschaften und arbeiten und ihr Auskommen finden, dann liefern wir auch einen Beweis dafür, daß unsere polnische Diözese nicht so unwissend und so dumm ist, wie sie von gewissen Kreisen angesehen wird. Es sei dem, wie es wolle, aus obiger Behauptung ersehen wir, welche Meinung in den höheren Kreisen über uns herrscht, was unsere hochwürdigen „Prälaten“ über sich selbst sowie über ihre Fähigkeiten und über ihre Wissenschaft, und was sie über uns denken, und das wird uns noch manche Erscheinung in unserer Diözese erklären. Ich folgere aus dieser Meinung, daß die „Selbstlob“ ist, und das steht doch nach unserem Sprichwort im Hintergrunde, während es nach dem deutschen Sprichwort schon garnicht ehrenhaft ist.

Die obige Behauptung von der höheren Bildung der deutschen Katholiken ist eben eine Behauptung und ein Ausfluß der lutherischen preussischen Regierung. Sogar das „Volksblatt“ selbst hat manchmal Artikel, und zwar sehr berechnete Artikel gebracht, in denen es sich über die Verfolgung der Katholiken von seiten der Regierung beklagt hat. Es ist doch wirklich eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Katholiken, daß es nicht einen einzigen katholischen Minister gibt, und daß sich fast alle höheren Ämter in lutherischen Händen befinden. Was sagt die Regierung nach dem „Volksblatt?“ Die Regierung sagt, daß sie ihre Beamten nicht als Lutheraner nimmt, sondern als Leute mit größeren Fähigkeiten. Also das „Volksblatt“ und seine Hintermänner befolgen uns Polen gegenüber dieselben Grundsätze, welche es bei der Regierung in sehr berechtigter Weise verurteilt. Das „Volksblatt“ sagt auch, daß die höheren Ämter in der Diözese den Deutschen nicht deshalb gehören, weil sie eine höhere Bildung haben. Also das „Volksblatt“ widerspricht sich selbst und mißt genau so wie die preussische Regierung mit zweierlei Maß.

Sehr wichtig beliebt daher ein geschätzter Priester unserer Diözese, wenn sich mitunter die Geistlichen unter sich über verschiedene erleuchtete deutsche Autoritäten unterhielten, zu sagen: „Mag es sein, wie es wolle, jeder Deutsche ist lutherisch angehaucht.“

Was die Bildung anlangt, so muß ich zwar sagen, daß es unberechtigt wäre, Unwissenden den Bischofs-hut auf den Kopf zu setzen, aber es ist auffallend, daß der Herr Jesus, der von sich gesagt hat: „Ich habe euch ein Beispiel gegeben“, zu seinen Aposteln nicht Leute mit höherer Bildung gewählt hat, daß er niemanden von der rechtmäßigen Jerusalemer Geistlichkeit, weder Ananias noch Kaiphas, noch einen Schriftgelehrten gewählt hat, sondern ehrjame Leute mit gesundem Verstand, einfache Fischer, wie Andreas, Petrus, Johannes und Jakob. Er hat das zweifellos deswegen getan, damit sich später in seiner Kirche niemand auf seine höhere Bildung und auf seine größere Fähigkeiten zuviel einbilde. Den Herrn Jesus hat nichts so sehr angewidert wie Dünkel und Hoffart.

Weiter schreibt der Artikelschreiber wörtlich:

„Sollte es wirklich nicht möglich sein, daß wir uns auf Grund der bestehenden Verhältnisse verstehen und verständigen. Die Verhältnisse für uns Katholiken in der Ostmark sind doch wirklich schon traurig genug.“

Diese Behauptung ist den polnischen Katholiken gegenüber berechtigt, nicht aber den deutschen Katholiken gegenüber, aber am unberechtigtesten ist sie den deutschen Geistlichen gegenüber. Die deutschen Geistlichen erhalten doch trotz ihres jugendlichen Alters kraft ihrer „höheren Intelligenz“ und ihrer „Verdienste“ die besten Propsteien und sind die Kandidaten für Domherren- und Bischofsstellen. Es ist nur schade, daß wir nicht so viel Domherren- und Bischofsstellen haben, wie es „intelligente“ und „verdiente“ Kandidaten gibt. Die weltlichen Deutschen bei uns sind wiederum überwiegend „Beamte“ und bekommen ihre „Zulagen“. Also die „Ostmark“ ist für die deutschen Katholiken ein wirkliches Paradies.

Der Artikelschreiber schreibt weiter:

„Gehören solche Klagen und Angriffe gegen Geistliche, seien sie nun berechtigt oder unberechtigt, vor das Forum katholischer Blätter? Wissen denn die Katholiken nicht, an wen sie sich in solchen Angelegenheiten zu wenden haben? Immer von neuem wird gegen diesen oder jenen katholischen Geistlichen der zum größten Teil häufig unter Verdrehung der Tatsachen grundlose Vorwurf erhoben, daß er germanisatorische Absichten verfolge.“

Hier bitte ich um Beweise, denn nach meiner Ansicht schreiben unsere Blätter zu wenig über diese germanisatorischen Gelüste. Die Leute belagen sich unter einander, wie sie nur können — aber damit ist die Sache auch gewöhnlich erledigt. Es kommt nur selten vor, daß jemand einen Artikel an die Zeitung schreibt. Deshalb bitte ich alle bereitwilligen Leute, denen nicht nur unsere Nationalität, sondern vor allen Dingen unsere hl. Kirche am Herzen liegt, **alle Übergriffe öffentlich an den Pranger zu stellen**. Hat doch der Herr Jesus selbst seinen Gegnern zugerufen: wer von euch kann mich einer Sünde zeihen? Also er hat sie aufgefordert, daß sie ihn, soviel sie wollen, genau bewachen, ihn kritizieren und ihm irgend etwas Unpassendes nachweisen sollten.

Ich wundere mich daher, daß der Artikelschreiber und andere seines Lagers so sehr über unsere polnischen Blätter klagen, denn ihre, d. h. der deutschen Geistlichen Lehren, Ansprachen und ihr Beichtgehören usw. sind entweder berechtigt oder unberechtigt, entweder gut oder schlecht. Wenn sie, wie sie selbst behaupten, gut sind, weshalb sollen sie dann nicht als Belehrung und Beispiel an die Öffentlichkeit dringen, denn das Licht soll man doch nicht unter den Scheffel stellen. Aber ich bitte unsere geehrten Korrespondenten, daß sie auch wirklich nichts verdrehen und nichts hinzufügen, sondern die lautere Wahrheit berichten, denn mit Unwahrheiten und Lügen werden wir niemals zum Ziele und zu der von uns gewünschten Gerechtigkeit kommen.

Nun folgt in jenem Artikel ein geradezu beleidigender Absatz:

„Könnte dieser Vorwurf (germanisatorische Absichten) umgekehrt auch nicht oft gegen polnische Geistliche wegen polnischer Bestrebungen erhoben werden?“

Hieraus ist also zu ersehen, daß der Artikelschreiber zahlreiche Beweise von irgend welchen Gelüsten und Übergriffen polnischer Geistlicher hat. Aber er selbst und die deutsch-katholischen Blätter bezeugen, wie er schreibt, soviel Anstandsgefühl, daß sie schweigen. Aber Beweise hat er doch, und sogar zahlreiche, denn er schreibt „oft“. Was muß da die preussische Regierung über die polnischen Geistlichen denken. Es ist also hiernach sehr berechtigt, wenn sie sie als Staatsfeinde betrachtet — denn selbst das „Katholische Volksblatt“ stempelt sie ja als solche.

Das ist doch geradezu eine Anklage gegen die polnische Geistlichkeit bei der preussischen Regierung. Und was sagen wir dazu? Wie immer, so werden wir auch jetzt unter uns heimlich darüber murren, im übrigen aber schweigen.

Hier muß durchaus etwas geschehen. Zuerst bitte ich den Artikelschreiber uns zu erklären, was jene polnischen Bestrebungen der polnischen Geistlichkeit zu bedeuten haben. Das ist natürlich weiter nichts als ein leeres Wort ohne Bedeutung. Ferner — nehme ich doch an, daß ich im Namen und im Interesse der ganzen polnischen Geistlichkeit rede, — fordere ich den Artikelschreiber öffentlich auf, uns unsere „polnischen Bestrebungen“ nachzuweisen, sein „Anstandsgefühl“ abzulegen und jeden polnischen Geistlichen unter Beweisstellung seiner „polnischen Bestrebungen“ zu nennen. In Preußen ist es doch nicht so schwierig, ein neues Gesetz zu beschließen, und auf Grund dieses Ausspruches ist es möglich, daß wir irgend ein Gesetz gegen die polnische Geistlichkeit bekommen werden, wie wir in nächster Zeit schon ein Gesetz bekommen, das die polnischen Geistlichen in materieller Beziehung schädigt.

Ferner empfehle ich, da die Sache von so weittragender Bedeutung ist, daß wir **eine Versammlung der polnischen Geistlichen, oder überhaupt eine allgemeine Diözesanversammlung beschließen**, in der wir polnischen Diözesanen (Geistliche und Laien) uns gegenseitig verständigen können, was in dieser Sache zu tun ist. Eine solche **Diözesanversammlung** war schon längst notwendig, und früher oder später **muß sie abgehalten werden**.

Der Artikelschreiber schreibt weiter:

„Süßen wir uns doch, die Nationalität in die Kirche hineinzutragen.“

Wer trägt denn die Nationalität in die Kirche hinein? Die deutschen Geistlichen tun es! Denn wo nur stets polnische Predigten und polnischer Katechismusunterricht gewesen ist — dort fangen sie an deutsch zu predigen und zu lehren. Also die deutschen Geistlichen tragen den Nationalitätenkampf in die Kirche hinein, indem sie den polnischen Parochianen die deutsche Sprache aufdrängen.

Vor kurzem haben wir Klagen aus Dirschau, Trombke, Oliva, Starchewo, Rehden und aus Berent während der Amtstätigkeit des Geistlichen Kwallewski vernommen, aber die bischöfliche Behörde hat zu alledem geschwiegen. Bitte, uns einen polnischen Geistlichen zu nennen, der einer deutschen Parodie die polnische Sprache aufgedrängt hat. Die „polnischen Bestrebungen“ der polnischen Geistlichen sind also, daß die polnischen Geistlichen für die polnischen Kinder und die polnischen Parochianen das polnische Gebet, polnische Predigten und polnische Lieder verlangen. Sie verlangen aber nicht, daß für alle Katholiken das polnische Gebet gelte, sondern nur für die polnischen Kinder. Vielmehr fordern die polnischen Geistlichen für französische Kinder das französische Gebet, für deutsche Kinder das deutsche Gebet und für chinesische Kinder das chinesische Gebet. Das sind die „polnischen Bestrebungen“ der polnischen Geistlichkeit. Möge uns der Artikelschreiber, aber ohne Umschweife und ohne Rücksicht auf die Person, andere „Bestrebungen“ nachweisen!

Selbst der Herr Jesus, der in erster Linie der Erlöser des auserwählten Volkes sein wollte, ist aus diesem Volke selbst geboren worden, auch seine Apostel hat er sich aus diesem Volke gewählt. Zu Zeiten des Herrn Jesus befand sich das heilige Land in einer ähnlichen Lage, wie jetzt unsere polnischen Diözesen unter preussischer Herrschaft. Zweifellos hat es in Jerusalem viele Römer gegeben, wie wir es an Pilatus, an jenem Hauptmann

sehen, der sich bekehrt hat usw. Aber der Herr Jesus hat seine Apostel aus seinen Landsleuten und nicht aus den Abkömmlingen gewählt. Der Herr Jesus hat nicht in der Sprache des Pilatus, sondern in seiner Muttersprache gelehrt. Der Herr Jesus hat auch seine Predigt auf dem Berge nicht zuerst in der Sprache des Pilatus oder des römischen „Oberpräsidenten“ geschrieben und sie nachher Petrus oder Johannes zum Übersetzen ins Hebräische gegeben, sondern er hat seine Predigt in der Sprache des Volkes gehalten. Der Herr Jesus hat auch mit den ihm untergebenen Geistlichen nicht in der Sprache der römischen Regierung, in der sogenannten „Amtssprache“ gesprochen, sondern er hat mit ihnen so gesprochen, wie der größte Teil der Bevölkerung, unter der er geboren wurde, er gelebt und gelehrt hat.

„Der deutsche Klerus will Gerechtigkeit üben — dem polnischen Volke gegenüber. Möge dies von polnischer Seite auch in gleicher Weise geschehen.“ So schreibt der Artikelschreiber.

Die deutschen Geistlichen betrachten die besten und einflussreichsten Stellen als die ihrigen und erhalten sie auch — und nachher wollen sie kraft dieser Ungerechtigkeit Gerechtigkeit üben. Das ist ein Widerspruch. Wenn sie dem polnischen Volke gegenüber gerecht sein wollen, dann mögen sie es mit der Tat beweisen, und von den Stellen, die gerechterweise der polnischen Geistlichkeit gehören, zurücktreten. Solange sie das nicht tun, bezeichne ich jene Behauptung als unaufrichtig.

Vor kurzem haben wir gelesen, daß irgend ein Abgeordneter in Berlin auf die Klagen der Deutschkatholiken, daß von der Ansiedlungskommission verhältnismäßig sehr wenig Deutschkatholiken angesiedelt würden, als Grund angeführt hat, daß es dort nicht genügend deutsche Geistliche gebe und daß man der polnischen Geistlichkeit doch keine Deutschkatholiken anvertrauen könne. Diese Behauptung enthält sehr viel Berechtigung und Wahrheit. Ich gebe gern zu, daß ein deutscher Geistlicher Deutschkatholiken viel besser pastorisieren würde, wie ein polnischer Geistlicher — das ist klar. Aber wie steht es hier mit den Polen? Wenden wir doch diesen Grundsatz jenes Abgeordneten auf unsere Verhältnisse an. Also jener Abgeordnete denkt völlig polnisch und sagt konsequenterweise, daß eine polnische Diözese (d. h. mit überwiegend polnischer Bevölkerung) einen polnischen Bischof, und eine polnische Pfarodie einen polnischen Propst haben müsse.

Daß der hl. Stuhl, also die katholische Kirche auch so denkt, ist daraus zu ersehen, daß sie die Ernennung des Erzbischofs für die polnische Diözese Gnesen-Posen so in die Länge zieht. Wenn das gleich wäre, wie unsere Deutschkatholiken behaupten, welcher Nationalität der Propst oder Bischof ist, dann würde der apostolische Stuhl der Erzdiozese einen großen Schaden zufügen.

Möge sich daher die preußische Regierung den billigen Grundsatz jenes deutschen und lutherischen Abgeordneten zu eigen machen, daß für Deutsche ein deutscher Geistlicher, und für Polen also ein polnischer Geistlicher sein muß. Möge sie also den polnischen Pfarochianen keine deutschen Geistlichen und den polnischen Diözesen keine deutschen Bischöfe aufdrängen, wie sie es bis jetzt getan hat und wahrscheinlich auch weiterhin tun wird.

Wir haben gehört, daß die deutschen Katholiken eine höhere Intelligenz besitzen als die polnischen Katholiken, ebenso wie die deutschen Lutheraner eine höhere Intelligenz besitzen, wie die deutschen Katholiken. Unter den deutschen Katholiken haben in den Augen der Regierung merkwürdigerweise die Namen auf „er“ noch irgend eine besondere Intelligenz und Fähigkeit, denn

die Regierung liebt es, die einflussreichsten Stellen an Geistliche mit solchen Namen zu vergeben.

Der Verfasser des erwähnten Artikels erteilt uns Polen Ratschläge. Den deutschen Katholiken kann ich als den „Intelligenteren“ keinen Rat geben, aber ich möchte einen Wunsch ausdrücken. Wenn die Polen so „dumm“ und schwerfällig sind, dann ist es hier schade um eure Intelligenz und um eure Arbeit. Gehet also nach Deutsch-Afrika oder nach Deutsch-China zu den Mohren und Hereros. Sie sind vielleicht gelehriger als wir und verstehen vielleicht eure „Verdienste“ mehr zu würdigen. Das wäre, meine ich, auch der Regierung sehr genehm, denn das wäre „echt patriotisch“. Denn was würden die „dummen“ Polen anfangen, wenn sie keine deutsche „Intelligenz“ unter sich hätten? Sie würden verdummen und verkümmern, und auf diese Weise würde es in kurzer Zeit die so verhassten Polen überhaupt nicht mehr geben.

Ein „dummer“ Pole.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 112 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 18. Mai 1909:

Jahrestag.

Sonnabend, den 15. Mai d. J., war gerade ein Jahr verflossen, als das neue Vereins- und Versammlungsrecht mit dem Ausnahmeparagraphen betreffend den Gebrauch „nichtdeutscher Sprachen“ samt dem öffentlichen Todesurteil über unsere Muttersprache, dessen Vollstreckung gnädigst auf das Jahr 1928 verschoben worden ist, in Kraft trat.

Welche Erfahrungen haben wir dieses ganze Jahr hindurch gesammelt, seitdem wir die neuen preußisch-blockherrlichen Wohltaten genossen? Fürwahr traurige. Daß die Polizei ihre Nase, wo sie kann, hineinsteckt, aller etwas freierlichen Vorschriften des Vereinsgesetzes geradezu spottend, daß sich die Minister ihrer verschiedenen Versprechungen und Erklärungen „nicht erinnern“, ja sogar alles in Abrede stellen und dadurch mittelbar die Polizeibehörden zu immer größeren Mißbräuchen ermuntern — das alles war vorauszusehen und hat wenig zu sagen, aber schlimmer wäre es, wenn die Gerichte alle gesetzwidrigen Schritte der Polizei bestätigen würden. Indes muß anerkannt werden, daß die Polizei bisher im allgemeinen alle mit dem Vereins- und Versammlungsrecht im Zusammenhang stehenden Prozesse verloren hat; das ist der beste Beweis, daß sie nicht immer, wie sie sich rühmt, „im Namen des Gesetzes“ gehandelt hat, sondern im Namen der Gesetzwidrigkeit, im Namen der Mißbräuche und Schikanen, durch die sie ihren Eifer und zugleich die Notwendigkeit ihrer Existenz an den Tag legen und dabei die Polen und alle drangsalieren will, die als Feinde des Staats verschrien worden sind. Und gerade das ist am traurigsten, daß wir ihr zum Teil freiwillig das Recht, nach Belieben schalten und walten zu dürfen, einräumen, sei es aus Unkenntnis des Gesetzes, sei es aus infolge preußischen Drills eingetriebener Furcht vor der Pickelhaube, sei es aus Bequemlichkeit, die so weit geht, daß wir unsere Rechte nicht geltend machen.

Darum müssen wir uns alle, besonders die Vereinsvorstände, mit dem vorjährigen Gesetz genau vertraut machen.

Ein Schlag für uns ist die den Gebrauch der Muttersprache einschränkende Vorschrift zweifellos; nützen wir aber dieses Gesetz dort genügend aus, wo es uns erlaubt ist, und nützen wir es so aus, wie

wir es dürfen? Warum glänzen denn die geschlossenen Versammlungen und Vergnügungen der Vereine durch Leere? Warum gründen wir nicht neue Vereine dort, wo es notwendig ist und wo die Not drängt? Warum liegt der Unterricht der polnischen Sprache, der vaterländischen Literatur und Geschichte noch weit im Felde?

Eine wirkliche Erleichterung in dem Gesetze, dessen Jahrestag wir begehen, ist, daß den Frauen das Recht zuerkannt wird, Vereinen beizutreten. Warum sind ihrer in unseren Vereinen so wenige?

Mögen nun die Landsmänner und Landsmänninnen diese Frage wohl erwägen und sie mit der Tat beantworten.

Dabei muß man natürlich diejenigen im Auge behalten, die sich von der nationalen Bewegung fernhalten, und, indem sie sich bald mit dem Feinde verbinden, bald nur dazu leben, um zu leben, eine Art Mittelthing zwischen Mensch und Tier bilden. Viele von ihnen sind als Beamte oder anderweitig abhängig und können sich an unserem national-sozialen Leben nicht beteiligen. Diese mögen wenigstens durch Beiträge für nationale Zwecke und vor allem für die Volkslesevereine, für polnische Vereinshäuser und Wahlzwecke ihre Zusammengehörigkeit mit uns dartun; darum bemühen wir uns angelegentlichst, nach dieser Richtung hin selbst ein gutes Beispiel gebend.

Gebe also Gott, daß es sich am zweiten Jahrestage zeige, daß wir trotz des Maulkorbparagraphen die guten Seiten des Vereins- und Versammlungsrechts besser auszunützen verstehen, als bisher. Denn wenn wir weiter träge sein werden, wird es nicht notwendig sein, das Todesurteil über unsere Sprache zu vollstrecken, sie wird von selbst verstummen, wenn wir in nationaler Beziehung verkümmern. Dagegen wird sie noch nach dem berüchtigten Jahre 1928 weiterklingen, den Feinden zum Trost, die vielleicht nicht einmal Gelegenheit, noch die Stirn haben werden, das Werk der Vernichtung zu vollenden, wenn wir selbst auf uns ein wachsameres Auge haben werden. Nur mehr Aufklärung und Mut, nur mehr guter Wille und notwendigerweise mehr Aufklärung sind notwendig!

Es ist nämlich sonderbar: jener Block, dessen Erstgeburt gerade das Vereins- und Versammlungsrecht mit dem berüchtigten Sprachenparagraphen war, ist nach dieser Entbindung so schwach geworden, daß er sich schon heute, nach einem Jahre, nicht mehr auf den Beinen halten kann. Es ist schon bekannt, daß dieser Block in Trümmer zu zerfallen droht.

Vorwärts also, Volksgenossen! Arbeiten wir so, daß wir noch nach zwanzig Jahren und später die Überbleibsel seiner (des Blocks) Asche mit Beifallsklatschen in öffentlichen Versammlungen auseinanderstreuen können, wo wir seiner berühmten Werke Erwähnung tun und, uns die Vergeblichkeit der feindlichen Gelüste vor Augen haltend, den Rednern ein donnerndes „Hoch“ aufrichtig zurufen werden.

Aus Nr. 109 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)

vom 14. Mai 1909:

Empörende Polizeiwilfkür.

Es wird uns mitgeteilt, daß sich der Polizist, welcher auf dem Treppenaufgang zur Reichshalle während des Unterhaltungsabends des „Frauenlesevereins“ den Sicherheitsdienst versah, die Namen mancher Erschienenen aufschrieb, von denen er sich die Einladungskarten vorzeigen ließ, die Namen abschrieb oder einfach danach fragte. Nicht genug damit; als einmal mehrere Personen erschienen, schrieb er von den

Stufen herab einen Gast an, er „solle überhaupt nicht heraufkommen, denn er werde gar nicht hineingelassen werden“ (!), und einem andern drohte er, er werde ihn aufschreiben, was er auch tat. Außerdem soll irgendein Spigel, der von irgendeiner einsam eingehenden und unerfahrenen Frau eine Einladung erhalten hatte, da man ihm an der Kasse eine Eintrittskarte ohne Vorzeigung einer Einladung nicht verkaufen wollte, den Namen irgend eines Eingeladenen, aber nicht Erschienenen angenommen haben und so in das Lokal geschlichen sein. Schließlich wurde er aber entlarvt und hinausgeworfen. In Anbetracht dessen sei nur so viel gesagt: In geschlossenen Gesellschaften darf jedermann tun, was ihm gefällt, er braucht darum vor dem Gesetze gar keine Furcht haben; wenn aber schon irgendein ungeladener Gast in einem ausgewählten Zirkel die Harmonie stört, dann ist uns wohl der sich uns unablässig aufdringende Schutz der preussischen Polizei um so lästiger. Darum muß man sie angelegentlichst meiden und ihre abscheuliche Arbeit nicht noch leichtsinnig erleichtern, sondern sie möglichst vereiteln. Niemand ist verpflichtet, einem Polizisten seinen Namen ohne einen im Strafgesetze vorgesehenen Grund anzugeben. Der geehrten Polizei aber bringen wir das Urteil des Gerichts in Krimmitschau in Erinnerung, nach welchem „Gendarmen und Polizisten als Beamte nicht anzusehen sind, wenn sie keine dienstlichen Berrichtungen ausüben, und ihre mit dem Gesetze in Widerspruch stehende, mithin gesetzwidrige oder willkürliche Handlung kann nicht als dienstlich gelten“. Wer sich einem Polizisten widersetzt, der seine Macht mißbraucht, wird „wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt“ nicht bestraft werden.

Aus Nr. 112 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 18. Mai 1909:

Wegen Verheimlichung politischer Zwecke

hat die Gleiwitzer Staatsanwaltschaft drei Vereine hauptsächlich auf Grund von Anzeigen des Polizisten Herrn Piezonke, des Kommissars Mader aus Zabrze und anderer angeklagt. In dem ersten Prozeß gegen den Biskupitzer Verein erfolgte die Bestrafung mehrerer Mitglieder mit Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu sechs Wochen. Gegen dieses Erkenntnis wurde Revision in Leipzig eingelegt. Die (18) Mitglieder des Zabrzez Vereins sprach das Gericht frei, ebenso (56) Mitglieder des Vereins in Ruda. Die katolische Schlesische Zeitung fragt in Anbetracht dessen, ob die Erhebung der Klage gegen die polnischen Vereine angebracht gewesen sei, wenn es nicht gelungen ist, sichere Beweise für strafbare Handlungen im Vorverfahren beizubringen. Zwar sei es erwünscht, eine „großpolnische Propaganda“ durch die Gerichte möglichst oft festzustellen, aber trotzdem sei es besser, die Verfolgung einzustellen, als den Prozeß zu verlieren. Daraus entstünden der Gerichtskasse nur Kosten, und das Ergebnis solcher Prozesse gereiche nur Polen zum größeren Ruhme. So ungefähr schreibt die Schlesische Zeitung. — Den Vereinen raten wir noch einmal, aus den Satzungen die Vorschrift, daß Politik ausgeschlossen sei, zu entfernen. Dies ist unbedingt notwendig, damit keine Prozesse entstehen. — In unsere Vereine muß die Jugend schon vom 18. Lebensjahre ab hineingezogen werden. Vom 14. bis 18. Lebensjahre bilde man die Jugend in nationaler und politischer Beziehung durch Agitation von Mund zu Mund in polnischer Sprache, man versammle sie z. B. im Garten, auf dem Felde, und dort singe, spreche und lese man polnisch mit ihr. Wir fordern hierzu warm auf, wie wir dies stets getan.

Solche private Zusammenkünfte sind durchaus notwendig und erlaubt. Die Jugend — ist unsere Zukunft!

Aus Nr. 56 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 13. Mai 1909:

Eine neue polnische Genossenschaft in Schlesien.

Im Handelsregister des Gerichts zu Pleß wurde eine Genossenschaft unter der Firma „Kolnik“ eingetragen. Die Genossenschaft befaßt sich mit dem An- und Verkauf von landwirtschaftlichen Artikeln sowie auch von Kolonial- (?) und Drogenwaren. Die Genossenschaft ist eine solche mit beschränkter Haftpflicht, als Leiter sind eingetragen Kaufmann Theodor Lewandowski in Pleß und Tischlermeister Josef Lazar in Brzeż. Der Sitz der neuen Genossenschaft ist Pleß.

Aus Nr. 111 des Górnosłazak (Rattowitz)
vom 16. Mai 1909:

Aus Kosel.

Polnisch sprechende Deutsche.

Für Geld sprechen sogar die Deutschen polnisch. Das hört sich sonderbar an, und doch ist es wahr. In letzter Zeit erließ hier eine hiesige (deutsche) Genossenschaftskasse an ihre Beamten eine Verfügung, sie sollten korrekt polnisch (hochpolnisch) sprechen lernen, damit sie sich mit der polnischen Bevölkerung, aus welcher der größte Teil ihrer Mitglieder stammt, besser verständigen könnten. Diese Genossenschaft sucht natürlich dadurch zu verhindern, daß sich die Polen von ihr abwenden und der hiesigen Volksbank beitreten, zu der schon ein Teil ihrer Mitglieder übergegangen ist. Das wird aber den beabsichtigten Zweck nicht erreichen, denn unser Volk im Kreise Kosel macht in der Aufklärung Fortschritte und wird schließlich mehr zur Volksbank neigen, wo es seine Ersparnisse hinterlegen, von denen es 4 % Zinsen erhält, und wo es Darlehen zu bequemen Bedingungen aufnehmen kann. — Freilich gibt es unter den polnischen Bauernwirten noch sehr viele, die bis jetzt der Volksbank gleichgültig gegenüberstehen, oder von ihr eine falsche Vorstellung haben. Falsch denken z. B. diejenigen, die da annehmen, daß die Steuerkommission von der Volksbank erfahren wird, wer in ihr irgend einen Spargroschen hat, denn keine Volksbank ist verpflichtet, ihre Mitglieder zu verraten. Dagegen erfährt die Steuerkommission leicht, wenn jemand seine Ersparnisse Nachbarn und Bekannten leiht, denn bei der Steuererklärung müssen die Schuldner angeben, wieviel sie jemandem schulden. unlängst fragte ich einen älteren polnischen Bürger, warum er seine Kapitalien in einer deutschen Genossenschaft hinterlegt habe, wo er nur 3 1/2 % Zinsen erhalte, während er in der Volksbank 4 % erhalten könnte? Er antwortete: „Ja, wissen Sie, dort habe ich mein Geld schon lange untergebracht, bevor noch die Volksbank bestand, wie soll man es da so ohne weiteres herausnehmen?“ Jedenfalls sehen wir, daß die Volksbank langsam Fortschritte macht, und die Vorurteile gegen sie schwinden und werden allmählich ganz verschwinden.

Aus Nr. 111 des Kurjer Śląski (Rattowitz)
vom 16. Mai 1909:

Das Krafauer Komitee,

welches für die Familien der 23 im Jahre 1905 zu Gleiwitz in Oberschlesien wegen Studiums der polnischen

Geschichte und wegen Zugehörigkeit zur Enthaltfamkeitsvereinen zu insgesamt sechs Jahren Gefängnis Verurteilten Beiträge zu Beihilfen sammelte, hat infolge des Aufrufs der Dichterin Marie Konopnicka zu diesem Zwecke 2007 Kronen 68 Heller aufgebracht, wovon das Komitee nach Abzug der Sammelkosten im Betrage von 82,04 Kronen an die Familien der Verurteilten 1925,64 Kronen verteilt hat. Die Kassenbelege hat eine Kontrollkommission geprüft und dem Komitee Entlastung erteilt.

K r a f a u, den 8. Mai 1909.

Für das Komitee:

Siedlecka, Wojnarowa, Basiła, Pożynska, Czerniowski, Turowski, Skicinski.

Für die Revisionskommission:

Tabaczynski, Stonczkowak.

Aus Nr. 108 des Kurjer Śląski (Rattowitz)
vom 13. Mai 1909:

Aus Bismarckhütte (Heyduk).

Auf Anregung mehrerer tatkräftiger Volksgenossen wurde hier verflossenen Sonntag ein polnischer Verein „Jedność“ (Einigkeit) unter dem Schutze des heiligen Hyazinth gegründet. — Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, denn bis jetzt war in Heyduk gar kein polnischer Verein vorhanden; statt dessen fehlt es hier nicht an den verschiedenartigsten Jünglings-, Turn-, Krieger- und anderen Vereinen, ganz, als ob der Ort eine uralte Gemeinde in den brandenburgischen Sandgegenden wäre, obgleich er, mit Ausnahme einiger Kulturträger und germanisierter Polen, eine polnische Gemeinde ist. Darum hoffen wir auch, daß die dortigen Volksgenossen diesem Verein zahlreich beitreten und auch die Frauen mitnehmen werden, die in den heutigen Zeiten alle polnischen Vereinen angehören sollten. Unsere Volksgenossen können sich bei unserem Agenten Kaleta, Schillerstraße Nr. 5, melden, der ihnen die Personen nennen wird, die ihre Aufnahme in den Verein bewirken können. Diesem Verein müßte jeder Familienvater und jede Mutter, jeder Jüngling und jede Jungfrau beitreten, denn der Verein ist polnisch und katholisch, und eine Zugehörigkeit zu ihm wird niemand erfahren; auch die Polizei, die dies unter Umständen den Arbeitgebern hinterbringen könnte, hat auf Grund des neuen Vereinsrechts kein Recht, die Mitglieder zu kennen und ihr Verzeichnis einzufordern. Unsererseits wünschen wir dem neuen Verein eine günstige Entwicklung; auch bitten wir, in denjenigen Parochien und Gemeinden, wo es keine polnischen Vereine gibt, solche zu gründen bzw. uns davon Mitteilung zu machen, und wir werden ihnen gern bei der Gründung behilflich sein.

Aus Nr. 112 des Górnosłazak (Rattowitz)
vom 18. Mai 1909:

Aus Brzezina, Kreis Benthien.

Wie uns bekannt ist, veranstaltet der St. Josef-Arbeiterverein am 16. d. M. eine polnische Theatervorstellung in Kammin. Der Verein möchte nun auch in Brzezina eine Theatervorstellung aufführen; da sich aber in dem Verein nur 25 Mitglieder aus Brzezina befinden, so will die Polizei in Brzezina zu einer Theateraufführung daselbst erst dann die Genehmigung erteilen, wenn wenigstens 30 Mitglieder sein werden. Darum fordere ich euch, liebe Männer und Jünglinge, zum zahlreichen Beitritt in den St. Josef-Verein auf, damit

wir auch hier eine Theatervorstellung veranstalten können, denn der Reingewinn wird zum Kirchenbau in Brzezina verwendet werden. Denket, vor 14 Jahren hatten wir eine polnische Theateraufführung; viele wünschen, daß hier wieder eine Theatervorstellung stattfindet. Erwecket also die Schläfer aus ihrer Lethargie! Wieviele unserer Jünglinge gehören doch deutschen Vereinen an!? Und wenn der Sonntag kommt, wie viele Jünglinge sitzen da nicht in den Kneipen? Wäre es nicht besser, sich in christlicher Weise zu unterhalten?

Aus Nr. 58 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 18. Mai 1909:

Für den Volksleseverein

erhielt ich von Herrn L. Sch. aus Tscharnowanz 2 M. Ich bitte die geehrten Leser meines Bezirks, die für den Volksleseverein Beiträge zahlen, von ihren Bibliothekaren zu fordern, daß die Empfangsbescheinigung in der Gazeta Opolska veröffentlicht werde.

C. Bongorski,
Komiteemitglied des Volkslesevereins.

Aus Nr. 109 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 14. Mai 1909:

Der Katolik

schreibt:

Der Kurjer Slonski teilt mit, die Gazeta Katolicka sei in den Besitz des Katolik oder des Herrn Napieralski übergegangen. — Diese Nachricht ist falsch. Uns wurde mitgeteilt, daß der Polak oder Herr Korfanty Lust habe, die Gazeta Katolicka zu erwerben, aber wir haben diese Nachricht bis jetzt nicht gebracht. — Der Kurjer Slonski schreibt weiter, am Beginn des nächsten Vierteljahres soll die Gazeta Katolicka nach Beuthen verlegt werden und als Abklatsch des Katolik erscheinen. Auch diese Mitteilung ist falsch. — Die Wahrheit hätte der Kurjer Slonski jederzeit telephonisch erfahren können. Wie lange noch wird der Kurjer Slonski seine Leser anlügen?

Aus Nr. 114 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 20. Mai 1909:

Pfingstaussflug nach Radocza und nach dem Karmelberg bei Wadowice in den Beskiden.

Hiernit laden wir alle diejenigen ein, die frische Luft in reizvoller Gegend genießen wollen, sowie diejenigen, die alljährlich während der Pfingstfeiertage nach Krakau oder anderswohin Ausflüge machen, die Gelegenheit zu benützen und sich unserem neuen Ausflug anzuschließen.

Programm für den ersten Feiertag:

1. Treffpunkt in Oswincim auf dem Bahnhof um 7 Uhr morgens. Ein Plakat an einer Stange wird die Ausflügler kenntlich machen. Jeder kauft sich eine Fahrkarte bis Spytkowice, von da weiter bis Radocza. (Wer schon Sonnabend fahren möchte, der melde es uns vorher.)

2. Ankunft um 9½ Uhr vormittags und Abmarsch vom Bahnhof unter Musikbegleitung zur Kirche. Die Kirche besteht 600 Jahre und enthält Bilder der gnadenreichen Mutter Gottes und der Verkörperung Christi.

3. Hierauf feierliches Hochamt mit Predigt im Freien, bei ungünstiger Witterung in der Kirche.

4. Nach dem Gottesdienst ein Imbiß.

5. Nachmittag Ausflug nach den Propsteiwaldungen, hierauf nach Wadowice (3 Kilometer) und Besuch des Karmelberges, von hier Aussicht nach der Tatra, alsdann eine halbe Stunde in die Beskiden und Rückkehr nach Radocza, um auszuruhen.

Bequeme Nachtlager bereitet der Ortspfarrer vor, der manchem Oberschlesier bereits als Kanzelredner und aus dem Beichtstuhl bekannt ist. Er versichert freundlichst, daß er uns mit offenen Armen und aufrichtigen Herzens aufnehmen wird.

Behufs Vorbereitung der Nachtlager usw. wird ersucht, sich möglichst bald mittelst Postkarte zu melden an die Adresse:

Al. Ryga, Kirchendiener, Alt-Berun D.-S.
oder

Franz Richter, Rosdzin, D.-S., Dammstraße.

Aus Nr. 109 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 14. Mai 1909:

Kaufung in Niederschlesien.

Unser hochwürdiger Herr Pfarrer teilte uns eine frohe Kunde mit, denn er kündigte uns an, daß am 30. Mai Pater Flavian aus Panewnitz zu uns kommen, eine ganze Woche bei uns verweilen und jeden Tag um acht Uhr abends polnisch predigen wird. Ja, liebe Brüder, nützen wir diese Zeit aus und vernachlässigen wir, soweit es möglich ist, keine einzige Predigt. Finden wir uns wie ein Mann zu diesen Belehrungen ein. Boriges Jahr hatten wir eine heilige Mission, aber man sieht sehr wenig Früchte danach; möchten diese Belehrungen jetzt bessere Früchte zeitigen, und möchten besonders unsere Leute, was uns auch der Herr Pfarrer gesagt und die Missionare zugerufen haben, die nicht katholischen „blaty“ (Blätter) und „anzeigery“ nicht mehr lesen. In mancher Familie werden bis fünf nichtkatholische „blaty“ abonniert, aber an ein polnisches Blatt denkt dort keiner, denn manche sagen, daß polnisch „unsajn“ sei. Ja, Brüder, wir haben so viele polnische Zeitungen, daß wir nicht klagen können, und sie sind billig. Also dürfen wir gerade jetzt, wo unsere heilige Kirche so verfolgt wird, nicht noch unsere Feinde durch Förderung ihrer Blätter unterstützen, damit sie unseren Glauben bekämpfen. Man hat auch noch nie gehört, daß sich ein Andersgläubiger einem katholischen oder ein Deutscher einem polnischen Blatt verschrieben hätte; warum geschieht es also bei uns, daß ein katholischer Pole deutsche nichtkatholische Blätter abonniert und liest? Brüder, bessern wir uns, und man wird uns achten. Jeder kann „sajn“ und sehr „sajn“ polnisch sein, wenn er die Mittel dazu hat; haben wir doch in der polnischen Nation so viele „sajne“ Grafen, Fürsten, Priester, Bischöfe usw., obgleich alle eifrige Polen sind und für die polnische Volksgesamtheit treu arbeiten. Nur ein Dummer sagt, daß polnisch „unsajn“ sei, und Dummköpfe wollt ihr doch nicht sein.

Ein Kaufunger.

Aus Nr. 108 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 13. Mai 1909:

Aus Beuthen.

Es nahen traurige Zeiten, denn aus unseren schönen ländlichen Trachten sind bei unseren Mädchen scheinbar städtische geworden. Ich schweige von denen, die von

Serren abstammen und von Anfang an Herrentrachten anlegen, aber sehr bedauern muß man diejenigen, die sich umkleiden und unnötigerweise die farbige und bequeme Nationaltracht ablegen. Manche Eltern bedauern dies auch sehr, sie müssen aber ihren Kindern gehorchen. Die Kinder müssen erhalten, was sie wollen, auch unsere jungen Männer zwingen die Mädchen, sich umzukleiden und die Haarschöpfe nach Art der Bendziner Jüdinnen zu frisieren. Das alles erregt Anstoß bei den braven Mädchen und Frauen, die ihre alte Tracht lieben und nicht daran denken, sich von ihr zu trennen. (Indem wir diese Stimme einer unserer aufgeklärten Leserinnen wiedergeben, fügen wir hinzu, daß es hundertmal schlimmer ist, wenn solche sich umkleidende Mädchen zugleich die polnische Sprache ablegen und unnötigerweise nur deutsch plappern. Es ist gut, wenn die Mädchen ihre alten, schönen ländlichen Trachten behalten; wenn sie aber ihre Tracht vielleicht verschiedener Umstände halber vertauschen, so müssen sie wenigstens das polnische Gefühl und die Anhänglichkeit an ihre Muttersprache bewahren; darauf muß stets das Hauptgewicht gelegt werden. Die Redaktion.)

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 107 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 12. Mai 1909:

Ein neuer Sokolverein in der Fremde.

Durch Bemühung des Herrn Andreas Tomaszewski und mit Hilfe des Redakteurs des Wiarus Polski, Herrn Fr. Wojciechowski aus Bochum, wurde in Schönebeck bei Effen ein neuer Sokolverein gegründet.

In den Vorstand sind folgende Kameraden gewählt worden:

Stanislaus Malinowski als Vorsitzender; Valentin Dragon als Stellvertreter; Franz Turowski als Schriftführer; Johann Krzyzaniak und Vinzent Wojtkowiak als Stellvertreter und Joseph Hildebrand als Turnwart.

Es wurden auch Satzungen beschossen, nach welchen die gesundheitsfördernde gymnastische Übung die wichtigste Aufgabe des neuen Sokolvereins sein soll.

Die Versammlungen werden jeden dritten Sonntag jedes Monats um 4 Uhr nachmittags in dem Lokale des Herrn Schuh in Schönebeck abgehalten. Die nächste Versammlung findet am Fronleichnamsfest, nachmittags um 4 Uhr, in dem oben genannten Lokale statt.

Dem jungen Verein wünschen wir Wohlergehen.
Gut Heil!

Aus Nr. 113 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 19. Mai 1909:

Beichtstuhl und national-polnische Bewegung.

Bottrop, den 19. Mai 1909.

Nach Art der oberschlesischen Geistlichkeit in den Jahren 1903 und 1904, als die Polen während der Beichte im Beichtstuhl zu politisieren gezwungen waren, beginnt der Geistliche Bennekamp in Bottrop gegen die polnische Bewegung vorzugehen. Alle seine Hoffnungen und Bemühungen, der Polen in politischer Beziehung Herr zu werden, sind ihm mißlungen; er hat daher eine andere Kampfarm gegen die national-polnische Bewegung begonnen, und zwar mit Hilfe des Beichtstuhls. Es ist mir nämlich zu Ohren gekommen, daß der Geistliche Bennekamp während der Beichte fragt, ob

das Beichtkind einem Verein angehört. Wenn er die Antwort erhält, daß das Beichtkind den Vereinen Jedność (Einigkeit) oder Sokol angehört, macht er dem Beichtkind schreckliche Vorwürfe, wie z. B.: „Du hast Dich im Verein verdorben, ihr seid alle so, warum gehört ihr einem solchen Verein an?“ und dergleichen.

Ich warne also den Geistlichen Bennekamp, so etwas im Beichtstuhl zu tun, denn zur Beichte geht man doch wohl dazu, um vor Gott seine Sünden, nicht aber die Nichtbefolgung der unberechtigten Wünsche eines Geistlichen zu bekennen. Übrigens soll sich der Geistliche Bennekamp einer Delegation des Vereins Jedność gegenüber geäußert haben, daß der Verein gut wirke, warum will er also einen solchen Kampf gegen diesen Verein führen, und dazu noch im Beichtstuhl? Hat doch der Geistliche Bennekamp versprochen, daß er auf eine Einladung hin im Verein Jedność erscheinen werde, als er aber eingeladen wurde, kam er nicht, und er hat so die Delegation irreführt. Warum jetzt dieser Haß gegen den Verein Jedność, wenn ihn selbst das Verschulden trifft, denn der Verein wollte ihm alles geben, was ihm als katholischem Priester gebührte? Rache und Haß sind keine Tugenden, sie stehen schon weltlichen Personen nicht an, vielweniger aber Geistlichen. „Justitia fundamentum Ecclesiae“ könnte man hier ausrufen.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 4 des Przedświt (Kraśnik)
vom April 1909:

Unabhängigkeit für einen Anteil oder für drei Anteile?

In dem ersten Zeitabschnitt des Bestehens unserer Partei, vor dem russisch-japanischen Kriege, war niemals der Fall eingetreten, daß wir uns damit beschäftigen mußten, was das Ziel unserer Bemühungen bilden sollte, ob die Befreiung nur eines Anteils (des russischen, österreichischen oder preussischen), oder auch die Befreiung aller drei Anteile. Wir haben uns aus dem Grunde nicht damit beschäftigt, weil sowohl das eine, als auch das andere uns sehr fernliegend erschien und in keinem Falle unmittelbare Handlungen und Vorbereitungen erforderte. Wir haben uns also damit begnügt, allgemein das Bewußtsein zu verbreiten, daß für die normale Entwicklung des polnischen Volkes das Erringen eines freien und geeinten Vaterlandes unbedingt erforderlich ist. Auf die Details der Angelegenheit haben wir uns nicht eingelassen, weil wir davon überzeugt waren, daß erst die Praxis uns in dieser Hinsicht die erforderlichen Fingerzeige geben würde.

Nun hat es sich aber diesmal, wie auch in vielen andern Fällen, gezeigt, daß das Anerkennen eines Grundsatzes allein die Leute nicht vor Fehlern bewahrt, sobald es dazu kommt, diese Grundsätze in die Tat umzusetzen. Trotzdem unsere ganze Partei offiziell und grundsätzlich die Notwendigkeit anerkannt hat, die Freiheit zu erringen, als die einzige politische Form, die dem Proletariat und der Landbevölkerung die höchste Befriedigung seiner Bedürfnisse gewährt, so genügten dennoch einige Versammlungen in Warschau, in der sich stets die gleiche machtlose Menge von Anhängern der Intelligenz versammelte, um in unsere Reihen Verwirrung zu bringen. Als dann später die Demonstration der Arbeiter in Petersburg erfolgte und kaum ein Hoffnungsstimmer leuchtete, daß sich das Zarat in ein konstitutionelles Reich umwandeln würde, da hielten es sofort ungeheure Massen

von Genossen, die sonst wacker und voll Aufopferung gewesen waren, für angebracht, auf die Unabhängigkeit zu verzichten, ja sogar einen erbitterten Kampf gegen die zu ihrer Erringung getroffenen Vorbereitungen zu beginnen, in der Überzeugung, daß sie sich auf diese Weise die Konstitution sichern würden. Auf diese Art machte sich unter uns eine neue Richtung bemerkbar, die in hohem Maße das Resultat der ungenügenden politischen Reife und der ungenügenden Vorbereitung unserer Scharen gewesen war.

Nach einer augenblicklichen Verblüffung, die durch den VII. Parteitag der P. P. S. hervorgerufen wurde, der eine imponierende Rundgebung des Wechsels der Anschauungen zu Gunsten der Autonomie in der ganzen Partei zu sein schien, begannen sich die Anhänger der Unabhängigkeit zu sammeln, zu organisieren und, da sie die Kräfte der ganzen Partei nicht gegen ihren Feind — die russische Regierung — anwenden konnten, versuchten sie, auf eigene Faust alles das auszuführen, was in ihren Kräften stand. Und gleichzeitig waren sie bemüht, die übrigen Genossen zu überzeugen, daß sie auf einem falschen Wege vorgegangen waren, daß sie sich nicht nur der Gefahr ausgesetzt hatten, die Gelegenheit zu verlieren, ihre Absichten in die Tat umzusetzen, sondern sogar auch das aufzugeben, was den Gemäßigten bis jetzt ganz sicher erschienen war, nämlich die Konstitution. Damals fanden sich Genossen, die eine vermittelnde Stellung einnahmen. **Sie erklärten, daß man ebenso wie früher die Unabhängigkeit Polens erstreben müßte, daß aber dieses Polen notwendiger Weise alle drei Anteile umfassen müßte, weil es sich nicht lohne, für etwas Anderes zu kämpfen.**

Denken wir daran, wie sich dieser Gedanke allmählich verbreitet hat. Noch in dem ersten „Parteitrat“, der nach dem VII. Parteitag abgehalten wurde, als sich ein Delegierter fand, welcher erklärte, daß die Unabhängigkeit eines Anteils eine Fiktion wäre, die man unmöglich ernsthaft behandeln könnte, wurde er von den andern Teilnehmern überschrien. Später ließen sich immer häufiger derartige Stimmen hören, wenn auch hauptsächlich auf Seiten der „Linken“. Schließlich (im Jahre 1906, als sich die Spaltung näherte) konnte man wahrnehmen, daß mancher Genosse, der geistig völlig auf Seiten des Programms der wahren P. P. S. stand, es für angebracht hielt, den Gedanken der Unabhängigkeit eines Anteils zu bekämpfen, indem er der Meinung war, daß es ihm auf diese Weise gelingen würde, die Grundlage für eine Verständigung beider Richtungen in der Partei zu schaffen.

Programme, die nicht das Ergebnis wirklicher Bedürfnisse sind, sondern der Versuch eines Kompromisses, einer Verständigung zwischen sich gegenseitig bekämpfenden Strömungen, finden selten und dann auch nur zufällig, die Anerkennung der Volksmassen. So war es auch in diesem Falle. Von dem Augenblick der Spaltung der früheren P. P. S. in zwei Teile an hörte das Schwanken von der angeblichen Utopie der Befreiung nur eines Anteils auf. Da man dies indessen zu einem bedeutenden Teil der veränderten politischen Situation zuschreiben muß (die morgen vielleicht schon anders werden kann), da ferner unsere heutige Taktik eine Vertiefung grade dieser Frage verlangt, die früher überhaupt nicht im Detail behandelt wurde, so beschäftigen wir uns gegenwärtig auch mit dieser Angelegenheit.

Die Vereinigung der gegenwärtig durch staatliche Grenzen zerrissenen Teile Polens bildet in unserm Programm das Hauptziel der Anstrengungen des Proletariats, es ist gleichbedeutend mit der Befreiung des Heimatlandes. Die Geschichte ganz Europas zeigt uns, daß die P. P. S., als sie diese Lösung aufgestellt

hat, den Fingerzeigen entsprechend gehandelt hat, die sie den Erfahrungen anderer Länder entnommen hat. Sogar die Vereinigung einer Nation, die sich nicht unter fremdem Joch befindet, sondern nur auf einige Kleinstaaten verteilt ist, wird ein ungeheurer Entwicklungsfaktor. Die Bildung eines großen, einheitlichen Marktes beeinflusst die Entwicklung des Handels und der Industrie, die staatliche Tätigkeit kräftigt sich dann in unerhörter Weise und mit ihr eine ganze Reihe von Erscheinungen des sozialen Lebens, es bildet sich für gewöhnlich ein gewisses Zentrum in Form einer Hauptstadt, in welcher das geistige Leben und die Kunst eine weit erfolgreichere Unterstützung erfahren, als dies früher in der Provinz der Fall war. Was aber vielleicht das wichtigste ist und was unbedingt einen Gewinn für das vereinte Land bedeutet, abgesehen davon, ob es die freie Existenz ausnützt, das ist die Einheitlichkeit der politischen Einrichtungen und das Verschwinden der Hindernisse, die früher die Verständigung der einzelnen Teile der Nation untereinander hemmten. Wenn zum Beispiel Polen vereint wäre, wenn auch unter dem Szepter eines der beiden Kaiserreiche, die uns völlig rücksichtslos knechten, Rußland oder Deutschland, dann würde sich die sozialistische Tätigkeit im ganzen Lande gleichmäßig entwickeln, es würde die Möglichkeit eintreten, daß das zielbewusste Proletariat einer Provinz das der andern Provinz beeinflusst, die Macht der Partei, sei es eine öffentliche oder geheime, würde wachsen. Marx und Engels haben bekanntlich durch Wort und Tat an der Einigung Deutschlands gearbeitet, Lassalle konferierte in dieser Angelegenheit mit Bismarck, und der heutige Zustand der sozialdemokratischen Partei in Deutschland wäre undenkbar, wenn Deutschland in die ehemaligen Kleinstaaten zerrissen wäre, wenn diese manchmal auch demokratischer waren, als das heutige Kaiserreich. Ein zweites derartiges Beispiel bildet Italien, wo heute schon die sozialdemokratische Partei die Regierung ganz bedeutend beeinflusst.

Der einzige Grund, der die Sozialisten irgend eines Landes davon abhalten kann, die Vereinigung desselben mit dem Rest des nationalen Organismus zu erstreben, kann ein bedeutender Unterschied in den politischen Einrichtungen sein, die dem Proletariat des betreffenden Landes die Möglichkeit bieten, auf dem Wege zum endgültigen Siege schnell vorwärts zu marschieren, bei gleichzeitigem Fehlen der Befürchtung, daß ein nationaler Druck ausgeübt wird. Deshalb hängen die deutschen, französischen und italienischen Schweizer an ihrem dreisprachigen Vaterlande, das sie überdies infolge der reichen historischen Traditionen gewissermaßen zu einer schweizerischen Nation vereinigt hat. Die österreichischen Deutschen, die Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen, wandten noch vor wenigen Jahren ihre sehnsüchtigen Blicke nach dem deutschen Kaiserreiche und erst von dem Augenblicke an, als die spezifische Zusammensetzung der Kräfte in Österreich diesem Staate gestattete, auf dem Wege der Demokratisierung schneller vorwärts zu schreiten, als sein nordwestlicher Nachbar, verschwanden bei dem deutschen Proletariat in Österreich die Tendenzen der Vereinigung, die sich jetzt bei einem Teile der Bourgeoisie bemerkbar machen.

Mit einem Worte gesagt, die Vereinigung des Heimatlandes ist für uns polnische Sozialisten von ebenso erstklassiger Bedeutung, wie sie es für die Sozialisten vieler anderer Nationen gewesen war. Aus Gründen, die wir nicht anzuführen brauchen, ist die Unabhängigkeit ein ebenso dringendes Bedürfnis. In Übereinstimmung hiermit ist unser Programm formuliert worden, das als ersten Punkt der politischen Bestrebungen die Forderung einer unabhängigen, geeinten (also alle drei Anteile umfassenden) demokratischen Republik enthält.

Denken wir jetzt darüber nach, auf welchem Wege dieses Postulat verwirklicht werden kann. Die Vernichtung aller drei Anteilstaaten, das Losreißen der polnischen Provinzen von ihnen und die Vereinigung derselben zu einem unabhängigen Reiche kann auf zweierlei Art durchgeführt werden, entweder mit Hilfe der bewaffneten Revolution, während welcher unser Proletariat die Armeen dieser drei Reiche besiegt, oder auch durch einen Krieg, der sie so schwächen würde, daß die Grundlagen für unsern Sieg geschaffen sein würden. Da aber von einem siegreichen Kampfe des polnischen Proletariats allein, wenn es auch noch so gut bewaffnet, geübt und organisiert sein würde, mit den drei Kaiserreichen nicht die Rede sein kann, so ist die Hilfe der revolutionären Scharen des Proletariats der andern Nationalitäten, die in den Anteilstaaten wohnen, unbedingt erforderlich. Es sind dies also die Russen, Letten, Kaukasier, Deutschen, Czechen, Ungarn usw. Außerdem könnten noch die nicht dem Proletariat angehörenden, aber revolutionären Parteien in Rußland in betracht kommen.

Man muß zugeben, daß eine derartige Eventualität sehr zweifelhaft ist. In Österreich kann weder im gegenwärtigen Augenblick, noch in der nächsten Zukunft, von einem bewaffneten Aufstande die Rede sein. Was einst sein wird, das können wir nicht voraussagen, aber heute haben die freiheitlichen österreichischen Parteien, die Sozialdemokraten nicht ausgenommen, so viele Aussichten, ständig vorwärts zu schreiten und die politischen Einrichtungen zu demokratisieren, daß die Propaganda einer bewaffneten Revolution dort keinen Anklang finden würde. In der Tat wird sie auch von niemandem getrieben. Das gleiche können wir von Deutschland nicht sagen. Freiheitliche Errungenschaften sind dort nicht zu verzeichnen, im Gegenteil, auf vielen Gebieten macht sich die Reaktion bemerkbar, der Gegensatz zwischen den Regierungskreisen und dem Volke wächst, oben denkt niemand an Zugeständnisse, im Gegenteil, an das Ersticken der Opposition mit Hilfe blutiger, rücksichtsloser Repressalien. Aber man kann auch nicht sagen, daß man sich unten zum Kampfe anschickt. Die sozialistische Partei widersteht sich sogar bis jetzt den Versuchen, Gewalt in irgendwelcher Form anzuwenden und wenn sie auch grundsätzlich die Notwendigkeit eines Zusammenstoßes anerkennt, so verschiebt sie ihn dennoch auf unbestimmte Zeit. Falls indessen die Staatsautorität durch irgendwas geschwächt werden würde, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch in Deutschland der Zeitabschnitt eines scharfen, gewalttätigen Niederwerfens der heutigen Ordnung eintreten würde, etwa in der Art, was man vor vier Jahren in Rußland begonnen hat, was aber leider wieder so schnell aufgehört hat. In Rußland sind die Aussichten für eine Revolution am günstigsten; es existieren dort allerdings große Massen, die entweder reaktionär oder gleichgültig sind, aber es wird dort immer mehr Zündstoff aufgehäuft, der Staat befindet sich ferner im Zustande des offenkundigen Verfalls, er hat also seine Widerstandsfähigkeit verloren. Mit einem Worte gesagt, von einer gleichzeitigen revolutionären Bewegung in allen drei Anteilen kann nicht die Rede sein, bei zwei Anteilen fehlen sogar bestimmte Angaben und man kann eigentlich nur auf einen Anteil rechnen, nämlich auf Rußland.

Es bleibt also nur der Krieg. Wenn wir aber auch hier uns die realen Tatsachen ansehen, dann erhalten wir eine ähnliche Antwort. Es sind keine Anzeichen vorhanden, die uns die Annahme gestatten würden, daß wir einen Krieg erwarten können, in welchem Rußland, Österreich und Deutschland von irgend welchen anderen Staaten derartig geschlagen werden würden, daß wir dies ausnützen könnten. Es erscheint kein Napoleon, und ebenso existiert schon längst nicht mehr der Drei-

kaiserbund. Man kann vielmehr nur einen Krieg Rußlands mit den beiden anderen Reichen, die Teile Polens besitzen, erwarten. Aus einem derartigen Kriege könnten wir, wenn wir unsere Kräfte gehörig anstrengen würden, wahrscheinlich Nutzen ziehen, aber nicht in dem Umfange, daß wir die Unabhängigkeit aller drei Anteile erringen würden. Wenn man sogar annehmen würde (was unserer Ansicht nach völlig ausgeschlossen ist), daß das siegreiche Österreich und Deutschland ein polnisches Reich bilden und freiwillig auf alle seine polnischen Besitzungen verzichten würde, so würde das nicht ein „Erkämpfen“ der Unabhängigkeit der drei Anteile sein, sondern ein „Gewinnen“ derselben infolge glücklicher Umstände.

Wir können also behaupten, daß zur Erkämpfung eines geeinten unabhängigen Polens im gegenwärtigen Augenblicke keine Gelegenheit vorhanden ist. Wird aber aus diesem Grunde diese Losung unnötig oder überflüssig, wie unsere verschiedenen Gegner behaupten? Durchaus nicht! Durch die Erklärung in allen drei Anteilen, wenn sie auch verschieden ist und sich den örtlichen Verhältnissen anpaßt, daß es das Bestreben des polnischen Volkes ist, sich ein freies und unabhängiges Vaterland zu erkämpfen, hat sich die polnische sozialistische Partei ein Ideal geschaffen, das man erstreben muß, das ihr den Weg erhellt, den sie gehen muß, das allen ihren Bestrebungen Einheitlichkeit verleiht, das dem Volke verkündet, wohin früher oder später seine Anstrengungen führen müssen. Diese Losung, die alle Bedürfnisse des Volkes umfaßt, die bei dem Bestehen der kapitalistischen Ordnung befriedigt werden können, hat eine ungeheure moralische und praktische Bedeutung. Durch sie wird dargelegt, daß die Sozialdemokratie in der Volksgesamtheit die am meisten fortschrittliche Kraft ist, weil sie danach strebt, alle Mißstände zu beseitigen und sie gleichzeitig in dem Chaos der sozialen Erscheinungen orientiert. Daß diese Losung nun nicht sofort verwirklicht werden kann, das hat sie mit vielen Postulaten des sozialistischen Minimalprogramms gemeinsam. Von einer Republik kann heute weder in Deutschland und Österreich noch in Rußland die Rede sein und der Ersatz aller heutigen Steuern durch eine fortschrittliche Vermögenssteuer wird, weiß Gott wann, möglich sein, vielleicht am Tage vor der Revolution, und doch, welcher Sozialist in Deutschland, Österreich oder Rußland möchte diesen Forderungen entsagen, wer schämt nicht ihre große moralische und praktische Bedeutung?

Die vorstehende Bemerkung haben wir so nebenbei eingeflickt, um nochmals zu erklären, daß das völlig objektive und nüchterne Betrachten der Faktor des heutigen Lebens ist und der Verkündung der Notwendigkeit der Unabhängigkeit durchaus nicht widerspricht.

Wenn wir erklärt haben, daß das Erkämpfen der Unabhängigkeit des ganzen Landes im gegenwärtigen Augenblicke keine Aussicht auf Erfolg hat, so kommen wir zu dem geradezu Entgegengesetzten, wenn wir die Möglichkeit der Befreiung eines Anteiles betrachten. Wir denken hierbei an den russischen Anteil. Dort kommt nicht nur unter dem polnischen Proletariat, sondern im ganzen Reiche die Überzeugung zum Durchbruch, daß ein gewaltfamer, bewaffneter Umsturz erfolgen muß, der als etwas Unvermeidliches angesehen wird und zwar nicht nur von den Parteien, die schon heute gewaltsame Kampfmittel anwenden, sondern auch von den sehr gemäßigten sozialdemokratischen Parteien, ja sogar von vielen bürgerlichen Oppositionellen. Dort existieren auch die inneren Bedingungen für eine bewaffnete Revolution, es existiert die Überzeugung von ihrer Notwendigkeit bei einer immer größer werdenden Anzahl von Leuten, es existieren aber auch die äußeren Bedingungen, die Schwäche des Staates, die sich schon aus der Natur der Sache ergibt.

Wenn in den zwei anderen Anteilen die gleichen Bedingungen existieren würden, wie im russischen Reiche, dann würde es unsere Pflicht sein, zu einem gleichzeitigen Aufstand in allen polnischen Landesteilen aufzufordern, ja sogar mit der Bewegung außerhalb der Grenzen des russischen Reiches zu beginnen und zwar dort, wo sie am meisten Aussicht auf Erfolg haben würde. Dies ist aber nicht der Fall. Und wenn in dem Augenblicke, in welchem im russischen Reiche der revolutionäre Zeitabschnitt beginnt, und sich auch Aussicht auf Erfolg bietet, jemand sagen wird, daß man für die Unabhängigkeit eines Anteils nicht kämpfen dürfte, sondern so lange warten müßte, bis sich Gelegenheit bieten würde, ganz Polen aufzubauen, der ist, ohne sich vielleicht darüber klar zu werden, in Wirklichkeit geradezu ein Gegner eines jeden Kampfes für die Unabhängigkeit. Wenn wir gegen das Zarat kämpfen, können wir doch nur die Befreiung des russischen Anteils im Auge haben. Wenn wir das Gleiche in Galizien oder im Posenschen tun wollten, dann müßten wir den Kampf mit Österreich und Deutschland beginnen, und das wird uns doch kein verständiger Mensch raten können.

Es sind dies anscheinend so überaus einfache Dinge, und dennoch mußte man in den Jahren 1905 und 1906, als tatsächlich ein heftiger Kampf gegen das Zarat tobte, der sich in einen Kampf für die Unabhängigkeit umwandeln konnte, das Vorurteil bekämpfen, daß angeblich unser Programm nicht gestattet, die Befreiung eines Anteils zu erstreben, was in der Praxis mit dem Aufschieben der Verwirklichung unserer Bestrebungen bis zu dem Augenblick gleichkommen würde, den wir heute nicht einmal voraussehen können.

Die Anhänger des Kampfes nur für ganz Polen waren gewöhnt, das Argument anzuführen, daß der russische Anteil als selbständiger Staat keine Existenzbedingungen habe. Er besitze keine natürlichen Grenzen, sei im Verhältnis zu den ihn umgebenden Reichen zu klein, habe keinen Zugang zum Meere. Diese Argumente zerfallen in nichts, sobald wir sie nur einer scharfen Kritik unterziehen. Welche Bedeutung haben bei den heutigen Verkehrsverhältnissen die natürlichen Grenzen? Wo sind die natürlichen Grenzen des Deutschen Reiches vom Osten bis zum Westen, welche Grenzen hat Belgien, Holland, ja steht die „unzugängliche“ Schweiz nicht einem deutschen oder französischen Einfall offen? Das gleiche betrifft die Bevölkerungsziffer. Wenn wir nur ethnographisch den polnischen Teil des Anteiles nehmen, dann zählen wir in ihm 12 Millionen Menschen, also zweimal soviel wie in Belgien, viermal soviel wie in der Schweiz, Serbien oder Dänemark. Die Schweiz weiß sich vorzüglich Rat zu schaffen, trotzdem sie vom Meere abgeschnitten ist. Schließlich haben wir auch niemals die Idee einer Föderation mit unseren östlichen Nachbarn, die gleichfalls die Unabhängigkeit erringen wollen, z. B. den Litauern und Letten, aufgegeben und wer weiß, ob nicht im Feuer des revolutionären Kampfes und unter dem Druck der Notwendigkeit in dieser Hinsicht eine Annäherung erfolgen wird?

Überhaupt sind die Argumente gegen die Unabhängigkeit des russischen Anteils mehr eine Folge des Umstandes, daß man sich an diesen Gedanken nicht gewöhnen konnte, als die Folge einer gereiften Überzeugung. Und hier müssen wir unserer Ansicht nach die Ursache dafür suchen, daß sich Anschauungen bemerkbar gemacht haben, wie es solche sind, mit denen wir uns eben beschäftigt haben.

Außer der bei uns Menschen so häufig vertretenen Absicht, einen Mittelweg zu finden, auf dem sich die beiden feindlich gegenüberstehenden Parteien treffen könnten, war dies eine Rundgebung gerade dessen, was damals viele Mitglieder der P. P. S. kennzeichnete, nämlich eine Rundgebung der mangelnden Vertiefung

in unser Programm, der Unklarheit über die Schlussfolgerungen, die sich logischer Weise aus unseren Einrichtungen ergeben. Und wenn wir diese Erfahrung in den Jahren 1905 und 1906 auch blutig bezahlt haben, so müssen wir ihr dennoch dankbar sein, weil sie uns gezwungen hat, unsere Forderungen klar und deutlich zu formulieren.

Ein freies und geeinigtes Polen werden wir erstreben und wir werden es gewinnen, weil es ein Bedürfnis unseres Volkes bildet. Alles, was uns diesem Ziele näher bringen kann, werden wir zu erringen bemüht sein, wenn es auch die größten Anstrengungen kosten sollte, möge es sich um die Vergrößerung der Freiheit in irgendeinem Anteil handeln, oder um die Bildung eines selbständigen Staates, der einen von ihnen umfaßt. Und wenn uns die politischen Ereignisse gestatten werden, wiederum den bewaffneten Kampf mit dem Zarat zu beginnen, dann werden wir ihn unter der Losung der Unabhängigkeit des russischen Anteils führen, weil dies die einzige Aktion sein wird, die uns in dem betreffenden Augenblick möglich sein wird und die sich aus den Anweisungen unseres Programms ergibt.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 203 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 4. Mai 1909:

Verfolgung menschenfreundlicher polnischer Anstalten. — Protestantisierung und Germanisierung. — Die polnischen Taubstummen lernen deutsch. — Die Wirtschaft deutscher Ansiedler.

Die preußische Regierung hört weder auf, unsere Gesellschaft zu verfolgen, noch denkt sie daran, das Protestantisierungs- und Germanisierungssystem aufzugeben. In Posen gründete eine Anzahl polnischer Damen ein Mädchen- und Knabenheim im ärmsten Stadtteil, um das junge Geschlecht vor dem Straßenverderb zu schützen und ihm Gelegenheit zum Kennenlernen der Handarbeit zu geben. Den Haß der preußischen Behörden gegen jeglichen Unterricht, der keine deutschnationalen Bestrebungen verfolgt, kennend — so hat einer der Posener Schulleiter die erzieherische Aufgabe in Preußen bezeichnet — enthielten sich die Anstaltsleiterinnen jeglichen Scheines eines polnischen Unterrichts und begnügten sich mit dem Verrichten eines gemeinschaftlichen Gebetes und dem Singen eines Kirchenliedes vor der Entlassung der Kinder, denen außer der Gelegenheit zur Fertigung ihrer Schularbeiten und Erlernung leichter Handarbeiten auch noch Vesperbrot in dem Heim verabfolgt wurde.

Der Polizeipräsident läßt jedoch durch eine rohe Verfügung das Kinderheim schließen und setzt wegen des uneigennütigen Kinderschutzes eine Geldstrafe in Höhe von 100 M oder fünf Tage Haft fest. Andererseits fordert der Posener Magistrat die Bewilligung besonderer Mittel zu Kinderhorten in den Schulen und ist sehr entrüstet darüber, daß die polnischen Stadtverordneten hiergegen Einspruch erheben, indem sie auf die empörende Tatsache der Schließung des Kinderheims hinweisen, zu welchem die Stadt auch nicht einen Pfennig beigetragen hat.

Ein anderer interessanter Fall ereignete sich vor einigen Tagen in Kosten. Dort wurde ein Progymnasium gegründet, zu welchem sich zwei Drittel polnischer Schüler gemeldet hatten. Trotzdem die Schulbehörde die Wünsche der Eltern, der Anstalt einen katholischen Charakter zu erhalten, recht gut kannte, wurden der

lateinische Unterricht und die Aufsicht dem Ortspastor übertragen, obwohl ein katholischer Pfarrer mit viel besserer Befähigung an Ort und Stelle war. Es ist aber preussischer Grundsatz, daß zugleich mit der Germanisierung auch die Protestantisierung in den polnischen Landen Wurzel fasse.

Dies alles aber erblickt angesichts der Tatsache, daß die Regierung zum Rektor der Taubstummenanstalt in Ratibor, die vorwiegend polnisch-katholische Kinder erzieht, einen Protestanten ernannte und dieser jeglichen polnischen Sprachunterricht aus dem Schulplan entfernte, so daß auch diesen Unglücklichen und von der Natur Vernachlässigten gegenüber die Methode des künstlichen Einpauskens des deutsch-nationalen Geistes zur Anwendung gelangt. Wer wird nun dafür sorgen, daß den armen Kindern die Möglichkeit geboten wird, sich mit ihren Eltern und ihrer polnischen Umgebung zu verständigen? Ja, die Germanisierung schreift sogar vor dem menschlichen Unglück, mag es sich um Irre oder Taubstumme, Blinde oder Schwindsüchtige handeln, nicht zurück, sobald sie auf Gnade und Ungnade der preussischen Regierung angewiesen sind.

Indes aber wird, wie dies bei den Beratungen über das Budget der Ansiedlungskommission der konservative Abgeordnete Wenzel im Landtage nachgewiesen, durch die ganze angestrebte Tätigkeit der antipolnischen Behörden die Kultur in den polnischen Landesteilen nicht nur nicht gehoben, sondern auf Kosten von Hunderten von Millionen Mark dort erniedrigt, wo man die polnische Bevölkerung ausgekauft und vertrieben hat. Zunächst geht die Bodenkultur zurück. Die Ansiedlungskommission wirtschaftet nach Ansicht des konservativen Abgeordneten auf den in dem Großherzogtum Posen und in Westpreußen erworbenen Landgütern sehr schlecht, weil sie ungebildeten und gewissenlosen Beamten die Leitung überträgt. Diese Leute verwüsten geradezu ganze Landstrecken, da sie recht gut wissen, daß die Ansiedlungskommission es zu einem Skandal nicht kommen lassen und ihnen die Sinekuren nicht nehmen wird. Ferner schädigt die Ansiedlungskommission den deutschen Handel, weil sie, diesen übergehend, auf eigene Rechnung alle Geldgeschäfte in Posen durch einen äußerst unfähigen und kostspieligen Apparat abwickelt. Dann herrscht dort, wo bereits der Grund und Boden unter die deutschen Zuzügler parzelliert worden ist, in den ihnen von der Ansiedlungskommission übergebenen, äußerlich sehr schönen Wohnhäusern eine derartige Feuchtigkeit und Kälte, daß die steigende Unzufriedenheit fortwährend Zwistigkeiten und Flucht der Ansiedler aus dem „gelobten Lande“ in den Ostmarken veranlaßt. Was übrigens von dem Menschenmaterial, welches künstlich in den polnischen Landesteilen angesiedelt wurde, in kultureller Hinsicht zu halten ist, das bewies am besten die in Gnesen abgehaltene Ansiedlerversammlung, in welcher die Ansiedler ihren Beschützern und Wohltätern offen den Gehorsam verweigerten.

Dies alles sagte ein Deutscher, ein Feind des Polentums und der Polen, von echt deutschem Standpunkte aus. Es fragt sich nur, ob er die Regierung und die ihr gefügige Mehrheit im Landtage überzeugen wird, welcher immer noch die lügenhaften Rechenschaftsberichte und bestellten Werke nach Art des: „20 Jahre deutscher Kulturarbeit“ imponieren. Vielleicht werden sich erst dann, wenn die gemüthlichen Ansiedler und Regierungsmündel sich in Sozialdemokraten verwandelt haben werden, den Herren vom grünen Tisch in Berlin die Augen öffnen.

Ultis.

Aus Nr. 196 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 28. April 1909:

Die Ansiedlungskommission und die katholische Kirche.

Gelegentlich der Beratungen im Abgeordnetenhaus über den Etat der Ansiedlungskommission wurde auch die interessante Angelegenheit, betreffend die Organisation der geistlichen Fürsorge für die katholischen Ansiedler berührt, welche von der Regierung, infolge des von der Zentrumsparthei ausgeübten Druckes, in einigen Gegenden angesiedelt werden. Diese Ansiedler werden vorläufig polnischen Parochien, zu welchen der aufgeteilte Grund und Boden gehört, einverleibt. Diese Zustände mißfallen jedoch der Regierung, die da behauptet, die polnischen Geistlichen seien nicht fähig, sich der Ansiedler anzunehmen oder sie wollten das nicht übernehmen, übrigens aber könnte man ihnen die Aufgabe nicht übertragen, weil sie zu den Führern der polnischen Bewegung gehörten. Die Regierung möchte also lieber für die katholischen Ansiedler besondere deutsche Parochien, durch Lostrennung der parzellierten Gemeinden von den bestehenden Parochien, bilden.

Diese Bemühungen werden jedoch an den Schwierigkeiten des kanonischen Rechtes, welchem die Teilung der Parochien zusteht, scheitern. In derartigen Angelegenheiten entscheiden: der Kirchenrat und der Kirchenvorstand, der Pfarrer, der Bischof und der Papst.

Ein Bischof kann eigenmächtig eine Parochie teilen, er muß jedoch die Gründe angeben. Hiergegen kann auch der Pfarrer (auch zusammen mit dem Kirchenkollegium) eigenmächtig Einspruch erheben. Die Argumente gegen die Teilung müssen sich auf das kanonische Recht stützen. Nur der Papst kann eine Parochie ohne Angabe der Gründe teilen. So werden also die Absichten der Regierung in dieser Frage hauptsächlich an dem kanonischen Rechte scheitern, umsomehr, als die polnischen Parochien zu klein sind, als daß mit Rücksicht auf deren Umfang, Seelenzahl und dergleichen ihre Teilung empfohlen werden könnte.

In einem praktischen Falle hatte der Bischof Witowski auf Wunsch der Regierung einem Dekan empfohlen, den Propst zu bewegen, daß er zu der Teilung der Parochie die Genehmigung gäbe. Infolge Einspruchs des Kirchenvorstandes jedoch ist es zur Durchführung dieses Projektes nicht gekommen.

Die Sache ist in nationaler Hinsicht nicht ohne Bedeutung. Durch teilweise Ausscheidung deutscher Parochien aus den bestehenden polnischen will die Regierung feste germanisatorische Posten bilden, die auch im Falle irgendwelcher Veränderung der politischen Verhältnisse bestehen blieben. Dies wäre also eine Verringerung des polnischen Besitzstandes für ewige Zeiten.

Gegen derartige Absichten muß sich die polnische Gesellschaft energisch zur Wehr setzen, und sie kann sich wehren, dank den Vorschriften des kanonischen Rechtes, die den Vertretern der bestehenden Parochien das Entscheidungs- bzw. Einspruchsrecht belassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung sich Mühe geben wird, einen Druck auf die Bischöfe und Präpste auszuüben, um deren Einwilligung zu der Teilung der Parochien und im Falle einer immerhin möglichen Ernennung eines deutschen oder zu Zugeständnissen geneigten Erzbischofs auch dessen Genehmigung zu erhalten. Sie könnte ferner ihrem Ziele auch dadurch näher rücken, daß die Anzahl der deutschen Pfarrer, was wiederum von der Person des Erzbischofs abhängt, vermehrt wird. Alle diese Bestrebungen werden jedoch erfolglos bleiben, wenn die Vertreter der Bevölkerung selbst, namentlich aber die Kirchenvorstände

die Teilung der Parochien nicht gestatten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines derartigen nationalen Selbstbewußtseins unter den breitesten Bevölkerungsschichten und die Wachrufung einer derartigen politischen Selbständigkeit unter ihnen, daß sie sich in nationalen Sachen von keinerlei Einflüssen leiten lassen, insofern diese Einflüsse zu Ungunsten des Polentums ausgenutzt werden sollten. Auch in diesen wie in vielen anderen Dingen wird von der Demokratisierung und von dem nationalen Selbstbewußtsein der Gesellschaft die Zukunft abhängen.

Aus Nr. 108 des Čzas (Kraľau)

vom 13. Mai 1909:

Das Denkmal der Bundestreue.

Wien, den 12. Mai.

Die Ansicht des Bürgermeisters der Stadt Wien, Dr. Lueger und die des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Pattey, hat den zu weit gehenden Bestrebungen der deutschen Nationalen anlässlich des Besuches Kaiser Wilhelms in Wien beizutreten Einhalt geboten. In der deutsch-nationalen Schmiede wurden zwei Projekte geschmiedet: die Stadt sollte in der Ringstraße ein Denkmal der deutschen Bundestreue errichten und Dr. Pattey den deutschen Kaiser im Namen des Abgeordnetenhauses begrüßen. Die Urheber des ersten Projekts, die wahrscheinlich irgendwo unter den tschechischen Deutschen zu finden sind, besitzen offenbar keine Wiener Seele. Der Wiener ist ein Deutscher, aber mehr noch ein Österreicher und am meisten ein Wiener. Das Bündnis mit Deutschland ist ihm sympathisch, aber in diesem Bündnis spielt seiner Ansicht nach Österreich die erste Rolle, dieses ist die Beschützerin, der seitens Deutschland Anerkennung gebührt. Die Errichtung eines derartigen Denkmals wäre in seinen Augen eine gewisse Erniedrigung, eine gewisse Herabsetzung der Rolle Österreichs in dem Bündnis. Dabei ist der Wiener, wie gesagt, ein guter Deutscher, aber er betrachtet sich als einen Aristokraten unter den anderen deutschen Volksstämmen, er geht gern Hand in Hand mit dem Deutschen aus dem Reich, aber er hält ihn für etwas Geringeres. Das Wort „deutscher Bund“ besitzt in dem Munde eines Wieners eine besondere Bedeutung. Wien würde das Denkmal der deutschen Bundestreue mit einem sehr gemischten Gefühl aufnehmen, in welchem die Bitterkeit der Demütigung vorwiegen würde. Der beste Kenner der Wiener Seele, Dr. Lueger, hat das eingesehen und das Projekt im Interesse des Bündnisses selbst verworfen. Vielleicht hat auch eine gewisse Rolle dabei die Überzeugung gespielt, daß Wien, obwohl es eine deutsche Stadt ist, dennoch auch die Hauptstadt eines in nationaler Hinsicht gemischten Staates ist und sich deshalb jeglichen nationalen Chauvinismus enthalten muß.

Aus derselben Schmiede ging das Projekt der Kaiserbegrüßung durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses hervor. Nur jemand, der die Vorsicht und Überlegung des Dr. Pattey nicht kennt, konnte diesem Gerücht Glauben schenken. Man hätte wenigstens bedenken sollen, daß außer Pattey sich im Präsidium noch ein so bedeutender Abgeordneter wie Dr. Starzynski und überdies noch ein tschechischer und ein slowenischer Vizepräsident befinden. Trotzdem gab es Leute, die daran glauben und beunruhigt sich an den Präsidenten des Hauses wendeten. Dr. Pattey erwiderte taktvoll, daß von einer Begrüßung des Kaisers Wilhelm keine Rede sei, denn ein derartiger Willkommensgruß finde in den Überlieferungen dieses Hauses keine Begründung.

Auf die Weise ist sowohl diesseits, als auch jenseits die Befürchtung jeglichen Konflikts, vielleicht sogar die Gefahr für das Bündnis selbst beseitigt worden. Das Bündnis kann eben nur als eine auf gegenseitiges Interesse und ruhige Überlegung sich stützende Abmachung bestehen und fortauern, ihm einen anderen Charakter zu verleihen, in diese Abmachung den Ton einer nationalen Herzlichkeit hineinzubringen, wäre gerade in einem Staate, in welchem die Deutschen die Minderheit bilden, für dessen Bestehen am gefährlichsten. Die nichtdeutschen Volksstämme in Österreich können in der heutigen Zeit und bei der heutigen politischen Lage das deutsche Bündnis als ein im Interesse des Staates nützlich, ja sogar erwünschtes betrachten; niemals aber werden sie sich damit einverstanden erklären, daß ihm dadurch, daß die alldeutsche Solidarität gewissermaßen in den Vordergrund gedrückt wird, der Charakter der Treue gegeben werde.

Aus Nr. 214 der Nowa Reforma (Kraľau)

vom 11. Mai 1909:

Der Bromberger Bürgermeister bei Bülow. — Die Hakatisten im Lichte der Kritik. — Rabbow und Fuß. — Die schlesischen Geistlichen in der polnischen Fraktion. — Kruschewo des Grafen Potulicki verloren.

Posen den 8. Mai 1909.

Der Bürgermeister von Bromberg, einer durch hakatistische Versammlungen und Orgien bekannten Stadt, Knobloch, betrachtet die Ostmark als ein Durchgangsterrain polenfeindlicher Experimente, durch die man sich sowohl nach oben hin empfehlen, als auch einen Orden erhalten kann. Übrigens denkt Herr Knobloch gar nicht daran, in der Ostmark zu bleiben; im Gegenteil, als er sich für die Rede bei dem Fürsten v. Bülow vorbereitete, empfahl er sich als Stadtoberhaupt der Bürgerschaft in Altona. Bis jetzt ist noch nicht entschieden worden, ob sie uns diesen wertvollen Schatz fortnehmen wird. Knobloch gehörte zu den eifrigsten Anhängern der Enteignung, des Maulkorbgesetzes und aller „strengen Mittel“ den Staatsfeinden gegenüber, wie er dies vor wenigen Tagen, gelegentlich des Geburtstages des Reichskanzlers, unter dessen großer Anerkennung hervorhob.

Bei der jetzigen kritischen Lage schwankt v. Bülow immer mehr auf seinem Reichskanzlerposten. Da ihm aber das antipolnische Auftreten schon wiederholt die Gnade Wilhelms wiedergab, so schwang er sich auch diesmal, die Knoblochsche Deputation benutzend, auf das antipolnische Pferdchen. Dies sind die Staatsfeinde, die bekämpft werden müssen — so rufen der Bromberger Bürgermeister und der deutsche Reichskanzler. Hierbei denkt natürlich jeder daran, auf seine Rechnung zu kommen.

Nicht allen Deutschen jedoch hat das Auftreten des Herrn Knobloch gefallen. Die freisinnigen Blätter, wie z. B. die Posener Neuesten Nachrichten, unterwerfen die Reden der beiden Polenfeinde einer scharfen Kritik, von denen v. Bülow, übrigens kein besonderer Historiker, sich aus Meyers Konversations-Lexikon über Bromberg informierte und daraus die irrige und tendenziöse Behauptung wiederholte, daß die Kreuzritter die Stadt beschützt hätten und sie gerade in dieser Zeit zur Blüte gelangt sei, während doch gerade Bromberg es war, welches den König von Polen um seine Erlösung aus den Händen dieser blutigen Beschützer anflehte.

Interessant ist auch der Protest des Konservativen Franz Rabbow aus Lontsch-Mühle bei Posen gegen

den HAT-Verein, in welchem er die ganze Tätigkeit der Polenfeinde ins Lächerliche zu ziehen und deren wahre, selbstjüchtige Beweggründe aufzudecken sich bemüht. Die Rabbowische Broschüre, in schneidiger und witziger Kürze geschrieben, ist das zweite offene Auftreten eines konservativen Gutsbesizers in der Provinz Posen gegen die Regierungs- und katolische Politik bei uns zulaufe. Zu Anfang des vorigen Jahres, kurz vor der Annahme des Enteignungsgesetzes, ist mit einer gründlichen Beurteilung der Posener Verhältnisse Paul Fuß aus Witkowo bei Kwidz aufgetreten, der hierdurch den Chauvinismus der Katoliken und die Anerkennung gelehrter und allgemein bekannter Menschen ganz Europas hervorrief. Mit dem größten Stolz wies er dort auf die Briefe von Sienkiewicz und Björnson hin. Derartige vereinzelte Stimmen werden natürlich das System nicht ändern. Leider wird die preussische Regierung darin vielleicht durch die Stimmen unserer Abgeordneten und Geistlichen bekräftigt. Wer die letzte Rede des Pfarrers Kapiza aus Oberschlesien gelesen, der fragt sich zweifellos mit Staunen: wie ist es möglich, daß in dieser Weise ein polnischer Geistlicher, der Auserwählte des polnischen Volkes, sprechen kann? Wie nahe hat er es zu seinem Amtsbruder, dem Pfarrer Skowronek, welcher ein Gebetbuch: „Der Weg zum Himmel“, mit ausdrücklicher germanisatorischer Tendenz herausgibt. Der Pfarrer Kapiza betrachtet sich — obwohl er der polnischen Landtagsfraktion angehört — nur bedingt als Pole, und auf christlichem Programm stehend, erachtet er nur das Verlangen nach polnischem Religionsunterricht für berechtigt und befürwortenswert. Über den polnischen Sprach- und Geschichtsunterricht, über die Erlaubnis zur Errichtung von Wohnhäusern und zur Parzellierung, über die Berechtigung zum Gebrauch der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen — verlautet auch nicht eine Silbe!

Pfarrer Brandys ist entgleist, weil er die Kriegervereine als durch die Polen unterstützungswürdig betrachtet. Pfarrer Kapiza ist auf dem Wege der Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit noch einen Schritt weiter gegangen. Ob er dafür die so sehnlich erwünschte, aber so wenig sympathische politische Unterstützung des Zentrums erlangen wird?

Anlässlich des letzten Auftretens der „Germania“ gegen den „polnischen Berufsverband“ in Schlesien

und in der Auswanderung protestiert energisch die ganze Volkspresse und fordert, daß die ganze An gelegenheit von dem polnischen Zentrumskomitee, in welchem der Abgeordnete Kapierski stellvertretender Vorsitzender ist, begrüßt werde. Wer sich die Sache nüchtern ansieht und das Liebäugeln der Zentrumsleute in der Reichsfinanz-Kommission mit der Regierung sieht, der läßt sich durch das platonische Bündnis nicht täuschen. Das lose Band der angeblich gemeinschaftlichen polnischen Zentrumsinteressen kann bei der bekannten Unredlichkeit der Mehrheit deutscher Katholiken jeden Augenblick zerreißen. Ein festeres Gefüge werden die vereinzelt bei dieser Aktion dastehenden Herren v. Oppersdorf, Erzberger und Bachem ihm nicht geben. Die antipolnische Strömung nimmt, wie dies der neue Kirchenvorstand in der Kulmer Diözese beweist, gegenwärtig überhand über die Gerechtigkeit und das Gleichberechtigungsgefühl.

Um so schmerzlicher empfinden wir die Verluste im eigenen Lager. Heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß wir vor dem Verluste von dreizehntausend Morgen Grundes und Bodens stehen. Vor einigen Monaten verkaufte Graf v. Potulicki, der Erbe des sehr reichen ehemaligen Abgeordneten Alfred v. Chlapowski, sein Rittergut Kruschewo an Stephan v. Goezendorf-Grabowski, der bekanntlich auch nicht einen Heller besaß und sich in seinem ziemlich stürmischen Leben dadurch ausgezeichnet hat, daß er zweimal ein nach Millionen zählendes Vermögen verprascht hat. Jetzt stellte es sich heraus, daß ihm das zur Anzahlung erforderliche Geld Kronheim, ein Vermittler der Ansiedelungskommission in Bromberg, geliehen hat und das Gut ein Beamter im Auftrage der Ansiedelungskommission verwaltet. Die Auflösung wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wir bemerken, daß Kruschewo im Kreise Gzarnikan liegt, und daß sich der großpolnischen Gesellschaft der Verlust von dreizehntausend Morgen sehr empfindlich fühlbar machen wird. In Posen ist man allgemein der Ansicht, daß Dr. Alfred v. Chlapowski-Bonikowo diesen Schacher des Potulicki, dessen Möbel augenblicklich in Posen verkauft werden, hätte verhindern können und müssen.

